

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

274 (22.11.1913) Erstes Blatt

Seite 8.
u. Palafots
bis 60.
Anzüge
bis 55.
bis 15.
für Herren u. Damen
bis 20.
-Joppen
50 bis 20.
Anzüge
billiger.
50 bis 25.
50 bis 25.
u. Mädchen
50 bis 13.
Damen,
Mädchen.
so : : :
atz 25.
497
4957
urg:
fr. 12.
Capes,
Rücken
Hosen
4965
esten
Mk.
a billig.
ame
nes Gesicht,
Aussehen u.
Dies erzeugt
-Seife
ung erhöht
aut weiß u.
be 50 g bel
enfr. 26-25
r. 74
berfr. 27.
rfr. 11
alienstr. 19
len
79
uf-Drog.
Güdel.
erkaufte:
Mk., beji
Matrage
Zeitstelle
15 Mk.
S, Sof.

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 $\frac{1}{2}$, vierteljährl. 2,25 $\frac{1}{2}$; abgeholt monatl.
85 $\frac{1}{2}$; am Postkasseler 2,10 $\frac{1}{2}$, durch den Briefträger 2,65 $\frac{1}{2}$ vierteljährlich.
Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Postfachkonto Nr. 2850.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.
Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 $\frac{1}{2}$ Lotolinierate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 10 Uhr vorm., für größere Inserats
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei West & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Nach zwei Jahren.

Man schreibt uns aus parlamentarischen Kreisen:
Zwei Jahre sind verflossen seit dem Schluß des alten Reichstags. Der neue Reichstag steht am Beginn seiner dritten Tagungsperiode. Bei normalem Verlauf der Dinge hat er sich in wiederum zwei Jahren auf sein Ende vorzubereiten. Da man ohne Not den Vorgang von 1911 nicht wiederholen, die Wintertagung also nicht wieder in zwei durch den Wahlkampf getrennte Stadien teilen wird, ist damit zu rechnen, daß spätestens im Herbst 1916 ein neuer Reichstag gewählt wird.

Das Voranschreiten der Zeit läßt es geboten erscheinen, Rückblick zu halten, sich der Stimmungen zu erinnern, mit denen man der Tätigkeit des neugewählten Reichstags entgegengeht, und die bisherigen Leistungen damit in Vergleich zu stellen. Es ging ein Aufatmen durch das deutsche Volk, als die schwarz-blaue Reichstagsmehrheit zertrümmert war, die dem sozialen Empfinden der breitesten Volksschichten mit kaum zu überbietender Brutalität ins Gesicht geschlagen hatte. Eine „Wehrheit der Rinken“ war erreicht. Zwar eine knappe nur, aber doch eine Mehrheit, die durch die Erstwahlen zahlmäßig noch eine kleine Stützung erfahren hat. In die veränderte Zusammensetzung des Reichstags knüpften sich Hoffnungen, die zuweilen Wesen und Charakter der Parteien außer acht ließen. In der Tat: wenn der Ton, der vielfach den Kampf zwischen den liberalen Parteien und den Parteien der Rechten beherrschte, ein zuverlässiger Gradmesser für die Taten der künftigen Reichstagsmehrheit gewesen wäre, dürfte Großes erwartet werden. Die Steuerpolitik der Konserbativen und des Zentrums war von den Fortschrittlichen und Nationalliberalen ebenso als eine furchtbare Auspönerung der Armen zum Schutze der Reichen gekennzeichnet worden wie von der Sozialdemokratie. Was lag näher, als der Reichsfinanzreform von 1909 rückwärts die Gichtzähne auszu ziehen. Den Weg dazu zeigte sofort die Sozialdemokratie mit ihren Anträgen auf Aufhebung der Steuern auf Streichhölzer, Petroleum, Salz, Zucker und Erhebung derselben durch wirksame Besteuerungen. Zwei Jahre sind vergangen und keiner dieser Anträge ist in Beratung genommen worden. Die liberalen Parteien denken im Ernst nicht daran, die Mittelalten der alten Reichstagsmehrheit zu corrigieren. Nicht eine Verminderung des ungerechten Steuerdrucks, sondern eine Vermehrung der Lasten, wie man sie vor zwei Jahren nicht für möglich gehalten hätte, hat der neue Reichstag gebracht. Und nur der starken Position, die sich die Sozialdemokratie im Volke und im Parlament erobert hat, ist es zu danken, daß die neueren Lasten nicht wieder überwiegend den Armen aufgebürdet wurden. Doch darf nicht vergessen werden, daß trotz alledem der erhöhte Rüstungsaufwand von 1912 gedeckt wurde durch eine Steigerung der Schnapssteuer, Erhöhung der seit vielen Jahren versprochenen Ermäßigung der Zuckersteuer und Verwendung der aus Zöllen und Verbrauchssteuern gewonnenen Reichsüberschüsse zum trauen Bunde mit der schwarz-blauen Koalition bildeten die liberalen Parteien denselben Volksmassen neue Lasten auf, deren Ueberbürdung durch den Raubzug von 1909 sie im Wahlkampf heuchlerisch beklagt hatten. Auch 1913 kamen diese Massen trotz der Belastung des Bestes durch Wehrbeitrag und Vermögenswachstumssteuer nicht ungerührt davon. Die Herabsetzung der Zuckersteuer wurde auf den St. Nimmerleinstag verschoben, die indirekte Besteuerung durch neue Stempelabgaben verschärft.

Die gesamte Summe der neuen Lasten von 1912 und 1913 aber findet Verwendung nicht zur Erfüllung der zahlreichen Kulturaufgaben, deren Verwirklichung der Wählerchaft mehr oder minder bestimmt in Aussicht gestellt worden war, sondern zur Stärkung einer Waffenrüstung, die alles Maß und alle Vernunft übersteigt. Statt mit Taten der Zivilisation, wie sie von den nach links gewendeten Wählermassen erwartet wurden, geht das deutsche Reich mit der Barbarei der vollenbesten Mordechnik führend voran unter den Großmächten der Welt und trägt ein gerüttelt Maß von Mitschuld dafür, daß auch andere Völkerschaften mit neuen Lasten für denselben kulturzerstörenden Zweck bepackt werden. Führend wirken dabei mit die Parteien, auf die große Teile der Wähler vom Januar 1912 ihre Hoffnungen auf eine Befreiung der Politik des deutschen Reichs gesetzt hatten: die Liberalen. Die Wahrung der Ausbeutungsinteressen des Kapitals, des Schutzes und Pflege hinter Panzerschiffen und Kanonen lacht, sieht ihnen höher, als die Durchführung der großen Reformen, um die bei den Wahlen gestritten wurde.

Das Ergebnis der letzten Wahlen hatte die Ungerechtigkeit der Wahlkreisverteilung sinnfällig dargelegt. Hinter der rechten Hälfte des Reichstags standen 5, hinter der linken Hälfte 7 $\frac{1}{2}$ Millionen Wähler. Die Sozialdemokratie hatte vom Grundrecht des gleichen Wahlrechts aus Anspruch auf 198 statt 110 Mandate. Auch die liberalen Parteien waren geschädigt. Mit Ernst und Entschlossenheit könnte die Linke eine Reform der Wahlkreisverteilung oder die Einführung der Verhältniswahl erzwingen. Aber schon bei der Abstimmung über eine allgemein gebaltene Proporzauflösung

hielten die Nationalliberalen zum Teil nicht stand, und vor kurzem haben sie verkündet, wie fern es ihnen liege, eine neue Wahlkreisverteilung zu beantragen.

Völlig verlag hat der neue Reichstag in der Sozialpolitik. Die Herabsetzung der Altersgrenze für Gewährung der Altersrente war bei Beratung der Reichsversicherungsordnung gescheitert, weil nach den Erklärungen der Regierung die 9 Millionen Mark nicht zu beschaffen waren, die die Reichsrente mehr zu tragen gehabt hätte. Milliarden sind inzwischen für Rüstungen flüchtig gemacht worden, die lumpigen 9 Millionen fehlen noch immer, die zur Gleichstellung der Altersversicherung der Arbeiter mit derjenigen der Angestellten gebraucht werden. Die Pflege der Volkjugend erschöpft sich in der Förderung nationalitätlicher Völkerverbesserung, an dem Schutze der heranwachsenden Generation gegen übermäßige Anspannung im kapitalistischen Frontdienst läßt man es fehlen: Für die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise, die Arbeitslosen, hat das Reich sich nicht gerührt. In der ersten großen Rede, die im neuen Reichstag von einem Vertreter der Sozialdemokratie gehalten wurde, findet sich diese Stelle: „Es ist jetzt die Zeit für eine Reichsversicherung gegen Arbeitslosigkeit gekommen. Bei der nächsten industriellen Krise werden Hunderttausende von Arbeitslosen auf der Straße liegen und Sache des Reiches ist es, Vororgue zu treffen, solange dazu Zeit ist.“ Die Krise ist ausgebrochen in größerem Umfange als je, Hunderttausende liegen auf der Straße, Vororgue ist aber nicht getroffen, obgleich ein sozialdemokratischer Initiativantrag den Weg dazu zeigte. Die Reichsregierung hat angefündigt, daß sie auch fernerhin sich ablehnend verhalten will, und die bürgerlichen Parteien werden sie dafür nicht schelten.

Die schädlichen Gesetzeswürde, die sich mit der Konkurrenzklauel und der Sonntagsruhe im Handelsbetriebe befassen, können nicht hinwegtäuschen über die sozialpolitische Unfruchtbarkeit, die den Reichstag auszeichnet. Auf dem Gebiete der Wohnungspolitik widerlegt sich die Regierung immer noch den vom Reichstag geforderten Reformen, was sie bei der selbstverschuldeten Ohnmacht des Reichstags sich unbedenklich leisten kann.

Nicht sozialer Fortschritt, sondern Rückschritt wird dem Reichstag von bürgerlicher Seite zugemutet. Es ist charakteristisch für die parteipolitische Situation, daß die „Köln. Ztg.“, ein führendes Organ der eine Gruppe der jagenhaften „Rinken“ bildenden nationalliberalen Partei, die Forderung stellt, die neue Dienstbotenversicherung nicht am 1. Januar 1914, sondern ein Jahr später in Kraft zu setzen. Der Reichstag soll zuvor noch Änderungen beschließen zum Schutze der Herrschaften die von den Versicherungsbeiträgen zu hart betroffen würden. Die nationalliberale Partei bildet auch den stärksten Rückhalt des Herzogtums, der die Krankenkassen den Nachgelassenen und Interessen der ärztlichen Kampfschiffe unterordnet möchte. Und wieder sind es die Nationalliberalen, die dem Kampf gegen die kümmerlich genug gestaltete Koalitionsfreiheit der Arbeiter nur entacht haben. Seitdem die nationalliberale Reichstagsfraktion eine Kommission mit den Vorarbeiten für den Arbeitswilligenschutz betraut hat wittern alle Scharfmacher Morgenluft, die Junter frohlocken und selbst die Sanjabändler finden den Zeitpunkt gekommen, ihre innersten Herzenswünsche zu offenbaren. Konnte man bisher annehmen, daß im neuen Reichstag für die Freunde eines Zuchthausgesetzes nichts zu holen sei, so wird von nun ab aufs schärfste Wache zu halten und im gegebenen Moment alle Kraft aufzubieten sein, um eine Verurteilung des Grundrechts unserer Gewerkschaften zu verhindern. Um was es sich in diesem Kampfe handelt, das hat selbst die Reichsleitung liberaler Arbeiter richtig erfasst: „um die neue Einrichtung der wankenden Herrschaft der Scharfmacher und des Großagrariertums.“ Würden nur auch die liberalen Arbeitervertreter die vollen Konsequenzen aus ihrer Erkenntnis ziehen. Bedeutet es denn nicht geradezu eine Stärkung der Scharfmacher und Großagrariert, wenn die liberalen Arbeiter Anhänger des Sochschützollsystems ihre Unterstützung leisten? Nicht nur die Nationalliberalen, auch die Fortschrittler versichern jetzt fort und fort daß sie die Lebensmittelzölle, die Hauptursache der Teuerung, die als Geißel die Arbeiterklasse trifft, in der jetzigen Höhe bestehen lassen wollen. Und die liberalen Arbeiter schenken den liberalen Sochschützollnern ihr Vertrauen. Die Wandlung des Fortschritts ist in den letzten 2 Jahren eine vollständige geworden. Im bevorstehenden Kampf um bessere Handelsverträge wird die Sozialdemokratie nur auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sein.

Saben so die Erfahrungen der letzten 2 Jahre den breiten Massen des Volkes manche Enttäuschung bereitet, so bieten sie doch kein Grund zur Entmutigung. Die Sozialdemokratie hat geleistet, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war. Man wird sie auch in der beginnenden Reichstagsperiode auf ihrem Posten finden. Sie wird ihre Pflicht in umso höherem Grade erfüllen, je mehr die bürgerlichen Parteien die Erwartungen des schaffenden Volkes enttäuschen. Zugute kommen wird ihr im Kampfe für soziale Gerechtigkeit und politische Freiheit die Wahrheit des Wortes, das sich in die Frontrede zur Eröffnung des gegenwärtigen Reichstags verirrte hatte: Die Entwicklung steht nicht still.

Liberaler Illusionen u. Klassenkampf.

Sobald es um Dinge geht, die tief ins Arbeiterleben eingreifen, stiebt die liberale Ideologie auseinander wie Nebel, in den ein frischer Luftzug bläst. Da scheiden sich die Geister nach den Klasseninteressen. Das zeigt sich jetzt wieder beim Arbeitswilligenschutz: Der Sanjabund hat sich von den Unternehmerinteressen an die Seite der Scharfmacher treiben lassen und flugs erheben die liberalen Arbeiter und Angestellten dagegen Protest. Der Vorstand des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellten hat eine Erklärung beschossen, in der es heißt:

„Das liberale Bürgertum ist plötzlich vor eine schwere Entscheidung der inneren Politik gestellt. Das Direktorium des Sanjabundes wird am 24. November entscheiden, ob es dem Vorschlag seines Industrierrates folgend, die fälschlich Arbeitswilligenschutz genannte Ausnahmegegesetzgebung gegen Arbeiter und Angestellte im Namen des Sanjabundes fördern will. Dieser Arbeitswilligenschutz ist nicht das, was er zu sein vorgibt. Es handelt sich hier um den bewußten Versuch, die Brandfackel des Klassenkampfes erneut von oben wieder zwischen Bürgertum und Arbeiterchaft zu schenken. Das Ziel ist nicht der Schutz der Arbeitswilligen, sondern die neue Errichtung der wankenden Herrschaft der Scharfmacher und des Großagrariertums. Das liberale Bürgertum habe seinen Anseh, der schärfsten Reaktion wieder in den Sattel zu helfen. Diejenigen, die aus der Arbeiterchaft unter sozialdemokratischem Zwange leiden, lehnen den Arbeitswilligenschutz ab. Sie erblicken den besten Schutz der Arbeits- und Denkfreiheit in der Wahrung sittlicher und organisatorischer Gegenkräfte unter den Arbeitern selbst. Die gesamten, auf dem Boden des freien Koalitionsrechts stehenden nichtsozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten lehnen in vollster Einmütigkeit jede Ausnahmegegesetzgebung ab. Gerade das Wort der nationaldenkenden Arbeitnehmer sollte in dieser Sache Beachtung finden. Der Arbeitswilligenschutz ist für die gesunde Fortentwicklung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nutzlos. Kein Streit wird weniger geführt werden. Der soziale Kampf wird nur ein paar hundert Wärter mehr schaffen, er wird den Haß verschärfen, wird den Ueberbidualismus stärken und zusammenschleifen. Außerdem beweisen zahllose Gerichtsentscheidungen, daß Vergehen gegen Arbeitswillige schon heute mit unnötiger Schärfe gehandelt werden.“

Wenn der Reichsverband der liberalen Arbeiter hinsichtlich der Haltung des Sanjabundes zu dem geplanten Zuchthausgesetz seine Hoffnungen auf die fortschrittlichen Mitglieder des Direktoriums des Sanjabundes setzt, so beweist er damit nur, wie fremd ihm die Ursachen der Erscheinungen sind, gegen die er ankämpfen will. Auf die Festigkeit der Fortschrittler im Kampf gegen den Arbeitswilligenschutz ist nicht zu rechnen, denn sie fallen auch in dieser wie in fast allen andern Fragen auseinander. Im Kampf gegen das Verlangen der Scharfmacher nach einem besseren Schutz der Arbeitswilligen gibt es nur einen festen Boden, und das ist der des Klassenkampfes, über den die liberalen Arbeiter sich noch immer entristen, weil sie ihn nicht begreifen.

Kornwalzerprofite.

Die ungeheuren Profite, die das Kruppische Unternehmen aus seinen Arbeitern und seinen Abnehmern, das heißt in erster Linie aus dem Reich, herauszieht, haben in dem Ende Juni abgelaufenen Geschäftsjahre 1912/13 eine weitere Steigerung erfahren. Gegen das Vorjahr ist der Reinerlös um fast 9 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark gewachsen; statt auf 33,7 Millionen stellt er sich diesmal auf 43,1 Millionen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es natürlich in der Hand und auch im Interesse des Unternehmens liegt, die Ueberüberschüsse nach außen möglichst zu verbergen, um nicht die Begehrlichkeit der Arbeiter und die unliebsame Aufmerksamkeit der Abnehmer zu wecken. Da die 180 Millionen Mark Aktien, mit Ausnahme von 4000 Mk., die sich in Händen von Strohmännern befinden, allein der Familie Krupp gehören, bedarf das Aktienunternehmen ja keiner hohen Dividenden- und Ueberüberschussangaben, um Kapitalisten als Aktionäre anzulocken. Trotzdem nun neben den allgemeinen Betriebskosten, den Steuern, den Ausgaben für die Arbeiterversicherung auch die für „Wohlfahrtsanstalten der Firma und die Lantimen des Vorstandes und der Beamten von dem Rohgewinn abgezogen wurden, verblieb dennoch der ungeheure Ueberüberschuss von 43,1 Millionen. Nahezu 80 000 Arbeiter und Angestellte haben diese Profite erzeugen helfen. Die Firma führt die Steigerung vor allem darauf zurück, daß das Güttnerwerk Friedrich-Alfred-Gütte in Rheinhausen mit seiner im Laufe der Jahre erreichten Leistungsfähigkeit von nahezu einer Million Tonnen Stahl pro Jahr die Hochkonjunktur mit der vollen Leistung auszunutzen imstande war. Gewiß hat die allgemeine günstige wirtschaftliche Lage im Vorjahre zu diesem Ergebnis beigetragen. Aber war an den Kruppischen Mehrgewinnen nicht wesentlich die Steigerung der Waffenbestellungen in dem Kriegsjahre 1912/13 beteiligt? Und sollten daran die — ach so harmlosen — Kornwalzer nicht auch einen Beitrag leisten?

Anteil haben, da sie seit Jahren zur Ueberföpfung der Konkurrenz und des Kriegsministeriums gebietet haben? Die Steigerung des Reinertrages verwendet die Familie Krupp zu einer Erhöhung ihrer Dividende. Statt 12 Prozent, wie im Vorjahre, sollen diesmal 14 Prozent oder 25,2 Millionen dazu verwendet werden. Abgesehen von ein paar Millionen für Pensionskassen, Urlaubsfonds und Weihnachtsgeldern an Beamte und Arbeiter fällt der noch verbleibende größere Rest des Reingewinns den Reservefonds zu.

Deutsche Politik.

Ueberall Dekoration.

Wilhelm II. liebt das Dekorative außerordentlich. Das erstreckt sich bis auf die Pferdegeschwänze. Der Kaiser von Koffak erzählt davon wie folgt:

Auf dem Bahnhof in Danzig erwartet das Gefolge den Herrscher. Die Fahnen wehen, dicke Menschenmengen füllen den Platz vor dem Bahnhof. Einige Schritte entfernt sehe ich eine Gruppe von Hofstallknechten und eine Anzahl Pferde in militärischer Ausstattung. Das Pferd des Kaisers, der schöne Hage „Aurfürst“ trägt eine Kupferanzäumung und an Stelle des kurzen, wie eine Straußfeder gestülpten Schwanzes den langen, weichen Schwanz eines arabischen Gesties. Diese sehr geschätzte Pflanze wurde „Aurfürst“ jedesmal, so oft der Kaiser auf ihm als Oberst der Leibkutscharen reiten sollte, angefedert.

Bekannt ist schon länger, daß der Kesselbauer eines Garderegiments sich bei Paraden einen langen falschen schwarzen Bart anlegen muß.

Ein abgestatteter Kruppdirektor?

Nach einer Privatdepesche der „Düsseldorfer Zeitung“ tritt ein Direktor der Siemens- und Halske-Gesellschaft in die Verwaltung bei Krupp ein. Es wird daran die Vermutung geknüpft, daß das Erbach sein soll für den Direktor Eccius, der aus dem Kollegium der Kruppdirektion zu gegebener Zeit ausscheiden wird.

Wir werden am teuersten regiert.

Durch die Vielheit der Fürsten hat das deutsche Volk überhaupt die teuerste Verwaltung unter allen Völkern der Erde. Welt den jetzt vorgelegenen Zivilisten-Erhöbungen (auch Fesseln hat ähnliche Anträge) steigt die Summe der Beträge, die das deutsche Volk für seine Fürsten aufbringt, auf vierzig Millionen jährlich. Auf den größten Staat, der allein zwei Drittel (40 Millionen) der Bevölkerung des Deutschen Reiches umfaßt, auf Preußen, entfallen achtzehn Millionen Mark. Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, S. Weimar, S. Meiningen, S. Altenburg, S. Koburg-Gotha, Braunschweig, Schw. Pfalz, und S. Sondershausen mit rund 17 Millionen Einwohnern bringen zweiundzwanzig Millionen Mark auf. Die übrigen deutschen Fürsten (W. S. Meiningen, W. S. Coburg, S. Anhalt, S. Altenburg, Waldeck, Neu j. u. a. L., S. Lippe und S. Detmold) beziehen ihr Einkommen aus Domäneneinkünften. Zum Vergleich sei angeführt, daß das englische Volk (42 Millionen Einwohner) eine Zivilliste von 14 Millionen M., Oesterreich-Ungarn (51 Millionen Einwohner), 19 Millionen Mark, Rußland (Eur. 134 Millionen Einwohner) 34 Millionen Mark aufbringen. In den beiden großen Republiken Frankreich (40 Millionen Einwohner) und Vereinigte Staaten von Amerika (102 Millionen Einwohner) betragen die Einkünfte der Präsidenten 600 000 Francs u. 50 000 Dollars.

Die Schnüffeln der Militärbehörden

nach der politischen Gesinnung der Militärpflichtigen wird in Württemberg mit demselben Eifer betrieben, wie im Norden des Reiches. Und die Kommunalbehörden leisten bereitwilligst Sanblangerdienste dabei. Die „Schwäbische Tagwacht“ teilt das an ein Schulbeisensamt gerichtete Schreiben eines Bezirkskommandos mit, worin Auskunft darüber verlangt wird, ob ein vor der Beförderung zum Unteroffizier stehender Reservist der sozialdemokratischen oder anarchistischen Partei angehört. Eifertig antwortet das Schulbeisensamt, über den Betreffenden könne nichts Nachteiliges gelagt werden, er habe noch nicht die geringste Strafe erlitten,

aber er sei Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei und Bekämpfer aller nationalen Ideen. Gütte der Mann das Straßengesetz, so würde das seine Qualifikation zum Unteroffizier vielleicht nicht beeinträchtigen, aber daß er Sozialdemokrat ist, das macht ihn ungeeignet. Interessant ist, mit welcher Unterwürfigkeit die auf der Selbstverwaltung beruhenden Kommunalbehörden militärische Schnüffeleien unterstützen!

Freisinniger Wahlrechtssturm.

Dem Delegiertentag der pommerischen Volkspartei der kürzlich in Stolp stattfand, war u. a. der Antrag unterbreitet worden, den Zentralvorstand der Partei zu ersuchen, in ganz Preußen Massenfundgebungen auf Abänderung des preussischen Wahlrechts ins Leben zu rufen. Dem Antrag folgte wie die „Freisinnige Zeitung“ mitteilt, eine ausgedehnte Erörterung „mehr vertraulicher Art“. Schließlich sei ein Vorschlagsantrag eingebracht und der so abgeänderte Antrag angenommen worden.

Bedauerlicherweise teilt die „Freisinnige Zeitung“ nicht mit, wie der endgültige Beschluß in dieser Sache gelautet hat. Wir nehmen an, daß er dahin gieng, die Sache vertrauensvoll in die Hände der örtlichen Vereinsleitungen zu legen, und diesen anheimzugeben, die Wahlrechtsfrage, wenn sich gerade die Gelegenheit böte, auf die Tagesordnung ihrer monatlichen Mitgliederversammlungen zu setzen, womit dann, wie jede reinliche, der ursprüngliche Antrag nur unwesentlich abgeändert ist.

Frauenstimmrecht in Bayern.

Im bayerischen Landtag wurde ein Antrag der Liberalen, den Frauen endlich das aktive Stimmrecht zu den wirtschaftlichen Wahlen, also zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten und zu den Handels- und Gewerbestimmern zu gewähren, durchzubringen und angenommen.

Rusland.

Frankreich.

Eine „rote Woche“ in Paris. Die erste große Parteiverammlung, die unsere Pariser Genossen bisher abgehalten haben, fand am Sonntag unter riesiger Beteiligung im Saale Bagarm statt. Während man bisher nur große Volksversammlungen abgehalten hatte, in denen sich die Genossen mit den Angehörigen aller anderen und feinerer Parteien trafen, wurden zum erstenmal sie allein zu einer Massenversammlung zusammenberufen, zu der auch 5000 Parteimitglieder sich zusammenfanden. Vorherrschend wurde der alte Kämpfer Vallant, der mit stürmischem Jubel begrüßt wurde. Er wies auf die Bedeutung der Organisation, der die Arbeit der Woche gewidmet sein soll, und auf das Vorbild der deutschen Partei hin und betonte die Notwendigkeit, gegenüber dem Bestreben der Regierung, die das Meer vom Roste trennen will, die Gemeinsamkeit zwischen den Soldaten und dem in Partei und Gewerkschaften organisierten arbeitenden Volke aufrecht zu erhalten. — Die Redner des Tages waren Sembat und Jaurès. Sembat ironisierte die französische Organisationsweise, deren man sich vor den ausländischen Genossen schämen müsse, und legt die Verdienste der Partei auf dem Gebiete der Volksaufklärung und der internationalen Verständigung dar. Jaurès sollte noch der Einbruch der Deutschen bevorzugen. Heute schreibt anlässlich der Verhandlung über die bürgerliche Presse, daß die deutsch-französischen Beziehungen besser seien, als je zuvor. „So tun die Bourgeois, nachdem sie uns erst in den Rot gezerrt haben, was wir gefordert haben. Nur ein Dämon könnte den wichtigen Anteil der deutschen und französischen Sozialisten an der Annäherung, die sich jetzt vollzieht, leugnen. Eine Herkulesarbeit haben wir vollbracht, bis es uns gelungen ist, die Bourgeois- und Parlamentaristensysteme zu öffnen. Heute kann man sagen: die deutsch-französische Verständigung ist unterwegs.“ Alle diese politischen Vorgänge gelte es mit dem Richte der sozialistischen Lehre zu beleuchten und zur Aufklärung zu benutzen. — Jaurès gab in umfassender, kraftvoller Darstellung ein Bild der inneren Politik, vor allem der Finanznot, die das Heresgesetz und die Marokkopolitik gebracht hat und vor der die bürgerliche Opferwilligkeit versagt. Die wichtigsten Aufgaben der Schule und des Verleseswesens werden zurückgestellt, und doch rechnet der Finanzminister ein Defizit von 785 Millionen Fr. heraus, zu dem noch die Milliarden einmaliger Ausgaben kommt, die das Dreijahresgesetz fordert. 300 Millionen neue Steuern sollen neben einer Milliardenleihe hier den Ausweg schaffen. Vorher konnte man die Kritik der Sozialisten mit Phrasen abtun und ihr die Berechtigung ab-

sprechen. Jetzt ist sie durch die Tatsachen bestätigt und selbst den Laien und Leichtgläubigen unter den Wählern verständlich geworden. Nun gelte es, diese Sachlage zur Aufklärung zu nutzen und der Partei neue Streiter zuzuführen. Die mit stürmischem Beifall aufgenommenen Reden wurden von Gesangsbeiträgen eingeleitet und geschlossen. Den Meistern der „Internationale“ sang die ganze Massenversammlung mit. Der Veranstaltung, die einen tiefen Eindruck hinterließ, folgt nun in dieser Woche die eigentliche Werberarbeit: jeder Genosse soll einen neuen oder eine Genossin in die nächste Sektionsversammlung mitbringen. Die Partier wollen ernsthafte Anstrengung machen, über den klamablen Zustand der „zehntausend Dogenstierten“ hinauszukommen.

Ein Minimallohngesetz der Heimarbeiterinnen der Bekleidungsindustrie, wobei alle Heimarbeiterinnen der Bekleidungs-, Hut-, Schuh-, Wäsche-, Spitzen-, Stiderei-, Federn-, Kunstblumen-, Handschuhindustrie und alle Heimarbeiterinnen, die Arbeiten ausführen, die zur Bekleidungsindustrie gehören, einbezogen sind, ist von der französischen Deputiertenkammer angenommen worden. Die Bestimmungen des Gesetzes können durch ministerielles Dekret nach Anhörung des obersten Arbeitsrats auch auf andere Kategorien von Heimarbeiterinnen ausgedehnt werden. Die Zahl der durch das Gesetz erfassten Arbeiterinnen, deren Lohnbedingungen meist scandalöse sind, beträgt 800 000 bis 850 000. Das Gesetz schreibt zunächst vor, daß die Unternehmer oder andere Zwischenpersonen, die Heimarbeiterinnen der angegebenen Industrie beschäftigen, ein genaues Verzeichnis zu führen haben. Die Serienlöhne müssen in den Partien, Wäseherungs- und Arbeitsausgabebüchern ausgehängt werden. Der zu bezehenden Arbeit muß ein aus einem Kopierheft abgetrennter Arbeitszettel beigegeben werden, der genaue Angaben über den Arbeitslohn, Datum der Ausgabe usw. enthalten muß. Die Kopien wie das Verzeichnis müssen zur Verfügung des Gewerbeinspektors gehalten werden. Der Lohn darf nicht unter dem angegebenen sein. Die Minimallohne werden von den (paritätischen) Arbeitsbetreibern oder, wo es solche nicht gibt, von den Gewerbegerichten festgesetzt, und zwar berast, daß es einer Durchschnittsarbeitern ermöglicht ist, in zehntägiger Arbeitszeit mindestens zwei Drittel des Lohnes einer Werkstattarbeiterin zu verdienen. Wo es Werkstattarbeiterinnen nicht gibt, wird der ortsübliche Tagelohn zur Grundlage genommen. Die Tarife müssen mindestens alle drei Jahre revidiert werden. Diese Minimallohne sind obligatorisch, doch können die Gewerbegerichte bei Lohnsteigerungen darüber hinausgehen. Tarifstreitigkeiten unterliegen den Gewerbegerichten. Bei Festsetzung der Tarife fungiert eine paritätische Zentralkommission, präsiert von einem Mitglied des Kassationshofes, oder Appellationshofes. Gegen eine Verletzung dieses Gesetzes können außer den Interessenten alle Berufsorganisationen der betreffenden Industrie des Bezirks, auch wenn sie keine Heimarbeiterinnen zu Mitgliedern haben, sowie sonstige, vom Arbeitsminister autorisierte Vereine Klage führen, ohne den Nachweis einer materiellen Schädigung ihrer Interessen führen zu müssen. Diese Bestimmung ist von außerordentlicher Tragweite und garantiert gewissermaßen erst die Durchführung des Gesetzes. Die Bestimmungen des Gesetzes können auch auf Heimarbeiter ausgedehnt werden, wenn deren Löhne unter die festgesetzten Minimallohne sinken. Bei Verletzungen des Gesetzes tritt, unbeschadet des eventuellen Schadenersatzes, eine Strafe von 5 bis 15 Frank für jede geschädigte Arbeiterin und von 16 bis 100 Frank im Wiederholungsfall ein, ohne daß die Gesamtschuld je über 5000 Frank übersteigen darf. Sollen die Bestimmungen, die noch dem Votum des Senats unterliegen, bald definitiv Gesetz!

Schweiz.

Liberaler Revolutionäre. Man weiß, daß der herrschende Freisinn nichts mehr verachtet als Revolution und Gewalttat. So groß ist sein Widerwille, daß er selbst so friedliche Mittel wie den letzten Zürcher Generalstreik als Hochverrat verfolgen läßt und überhaupt den Vorwurf der Neigung zum gewalttätigen Umsturz als besonders wirksames Mittel gegen die friedlichen Umgestaltungsbefehrer der Sozialdemokratie ausweist. All das gilt aber nur dort, wo das Reich der Freiheit und Gerechtigkeit schon verwirklicht ist, d. h. wo die radikale Partei selbst das Szepter trägt. Wo sie selbst von der Macht ausgeschlossen ist, hat sie den revolutionären Ueberlieferungen der Vorzeit noch nicht entsagt und scheut vor einem kleinen Staatsstreich durchaus nicht zurück. So hat jetzt auf dem Parteitag der Jungfreisinnigen des Kantons Bern der Vertreter der Freiburger Freisinnigen, Reichsammalt und Großrat (Landtagsabgeordneter) Varrich, erklärt, daß der dreißigjährige Kampf gegen die Herikale Herrschaft im Kanton Freiburg die Alten milde gemacht habe. Aber der Nachwuchs führe den Kampf mit Erbitterung weiter. Die Situation in Freiburg gleicht heute der des Tessins im Jahre 1890, bevor die Revolution dem Liberalen Gedanken zur Herrschaft verhalf. . . . Man verheße es im freisinnigen Lager der

Die flüchtigen.

Roman von Anton Fendrich.

48

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Der Umstand, daß die Lehrer des Landerziehungsheims im vergorenen Nebenamt ein Unheil sahen, konnte Georgs eigeninnigen Kopf nicht veranlassen, das gleiche zu tun. Er verspürte mehr als je in sich alle Gewalt, um den Geistern des Weines gemessen abzuwinken, wenn sie sich an ihn heran trauten.

Auch das Volk der Seegegend verspürte das Vorhandensein der Enthaltung des Landerziehungsheims nicht föhrend in den Getriebenheiten ihrer Wäter. Als die Abende immer kürzer und die Mornen immer nebliger wurden und zwischen Frühlucht und Dunkel das Gestirn der Fruchtbarkeit immer glühender am wolkenlosen Himmel hingog, wurde durch Anschläge an den Rathhäusern der Seebörfer der Beginn der Weinlese amtlich auf den dritten Oktobermontag festgesetzt, und es nahte für das Land die Zeit des Sauners im Stadium.

Weil sie das auch einmal sehen konnte, bevor sie in die Kühle Grube stieg, deshalb hatte Georgs Mutter das Auerhörte getan und auf zwei Tage ihren Baden geschlossen, auch aus Freude über das Wiederleben mit dem Sohn in einer neuen und wie ihr dünkte ehrenvollen und löhnenden Stellung. Sie lebte nicht die schnellen Wechfel der Neuzeit und reifte noch gerne nach der alten Mode. So fuhr sie nicht mit dem Dampf, sondern ging zu Fuß an der Eisenbahnstation die gute Stunde Wegs ihrem Ziel zu, ohne Georg vorher von ihrer Ankunft zu benachrichtigen.

Der war unterdessen in Besorgnis, ob der alten Frau nichts zugefallen sei, oder ob sie nicht gar am Ende krank und ohne Hilfe zu Hause läge. Aber die Vorbereitungen zum Fest, dessen Höhepunkt ein den Herbst darstellender und verherrlichender Zug war, nahm ihn so in Anspruch, daß er die Mutter über das Allernächste vergaß.

Unterdessen schritt Frau Salomea Amrhein die und schreitend, aber ihre für alles Schöne immer noch empfäng-

lichen kugelrunden Augen nach allen Seiten werfend, auf der Landstraße dahin und konnte sich nicht genug verwundern über der vielen Menschen, die sich überall bei fröhlicher Arbeit, beim Traubenschneiden, beim Aufhängen, beim Kefelbrechen und Birnenschüteln sah. In den Dörfern knarrten in dunkeln Scheunen Kelttern und Trotten und aus den Kellerböden strömte ein süßer Duft von Neuem. Sie begegnete vielen mit großen Köffern beladenen Fuhrweibern, und die Räder vor den Wagen wiegten stolz die Köpfe, als wüßten sie, was für eine angenehme und kostbare Last sie zogen, nämlich Sauser im Stadium.

Sauer im Stadium ist neuer gärender Wein. Darum steht oben kein maffiver Papfen im Dach des Fasses, sondern nur ein schön geschnitztes höhles Stiel Holz, darin sich wie in einer Vase rote Ästern und weiße Dallen an den dünnen armen Stengeln wiegen. Die Sauserfontage sind in jener Gegend beliebt und gefürchtet, und die mannbare Jugend der Dörfer genießt in dieser Zeit so viel des süßen Weines, daß sie je nach Charakteranlage und innerem Bedürfnis entweder in Liebe zu einem weiblichen Wesen verschmilzt oder auch dem besten Freunde den Fraß verhaunt.

Solche hanebüchene Lustbarkeiten bekam Georgs Mutter aber nicht zu sehen, sondern nur etwas unendlich Schönes, das ihres Lebens Abend mit einem hellen Glanz erfüllte.

Je mehr sie dem Ziel ihrer Reize näher kam, desto mehr Menschen hielten die beiden Seiten der breiten Straße am See hin besetzt und desto weniger wurde gearbeitet. Alle erwarteten den Festzug des Landerziehungsheims. Als Frau Salomea Amrhein auf einmal in der Ferne Musik vernahm, andererseits aber so in die wartende Menge geraten war, daß sie für ihre kurze dicke Gestalt nichts als Pflüße und getretene Fußgehben erhoffen durfte, rettete sie sich mit ihrem raschen Augen Instinkt in ein an der Straße gelegenes Wirtshaus. Dort wachte sie mit ihrer verwandten Zunge dem Wirt so beredt zu erklären, daß sie die Mutter des neuen Professors an der Schule sei, daß sie bald einen der schönsten Plätze am Fenster hatte und nun in gesicherter Behaglichkeit der Dinge warten konnte, die da kamen.

Die Landstraße machte kurz nach dem Wirtshaus, das auf

der Hügelseite lag, einen scharfen Bogen, und man konnte die festlichen Klänge der Musik schon an aller Nähe hören, bevor man etwas anderes sah, als die langen Hüße der wartenden Menge. Die Ungebild und Bewegung wurde immer größer, aber auf einmal sah man einen seltsamen Reiter als Herold dem Zuge voran um die Ecke biegen.

Es war Gott Bacchus auf einem grauen wohlgepflegter, Esel, der seine langen Ohren würdevoll und gewichtig bewegte. Aber Bacchus glück nicht einem trunkenen Eseln, sondern vor ein wohlgebildeter Jüngling mit einem schwarzen Vordensopf. Um seine Brust war ein Pantherfell geschlungen und seine nackten Hüße steckten im Niemenwert einfacher Sandalen. Er schwang seinen Becher in der Luft, sondern nahm von Zeit zu Zeit aus den hinter dem Saibel hängenden Körben eine Traube, die er hochhielt, mit freudiger Gebärde beerweise abplückte und behaglich genoss.

Unter diesem Zeichen mächtner Fröhlichkeit schritt der ganze Zug einher.

Hinter dem Herold kamen die Musikanten des nahen Städtchens in der weiß und roten Tracht alter Schweizer Landsknechte. Sie hatten ihre Schmauzbärte scharf gewickelt und bliesen mit grimmigem Ernst in ihre Instrumente.

Als sie vorüber waren, entstand eine kleine Lüde, gerade als ob sie vorbereiten wollte auf das, was nun erschie. Zwei Jungfrauen in langen, rosafarbenen Gewändern und Kränzen im offenen Haar führten einen feurigen, schön gezäumten Schimmel, und zwei weißgekleidete Kameradinnen hinter ihnen geleiteten links und rechts einen gewaltigen mit wuchtigen Schritten schwer dahervandelfenden, braunen Stier. Er hatte einen Ring in der Nase, aber die sanfte Gegenwart der schönen feierlich gekleideten Mädchen schien ihm alle Wildheit zu nehmen, und gar nicht aufgeregt sah er aus seinen kleinen Augen in die Menge links und rechts vom Weg und ließ sich mit seinen vergoldeten Hörnern und dem schweren um die maffige Brust gelegten Blumenkranz geblührend bewundern.

(Fortsetzung folgt.)

Scweil
hörtet
wir, de
nonen
bürger
die Dr
zu neh
Gestir
von 15
erschö
dürft
raß ge
gespro
und D
Man i
Freiun
des Ne
ungwei
in An
Gesell
Heuch
Stalle
ruptio
wird, b
geben,
die ihn
Kale sa
Regier
Kirche
weiter
Näher
dem D
fürlich
hinter
die Ne
wid.
schiff:
noch ge
großen
aus der
Partei
leitung
brechen
Südtai
fangen
öffentl
unerm
mung
tel zur
schreit
zeit im
Wahllo
lern le
erzählt
Puffier
lich. V
Heuerl
gegeben
Nomin
lassen.
wurde
tem Be
Minut
der es
die Me
latal I
halten,
weil er
gerich
Wahllo
hat ihr
nubhar
eibiens
sozial
wenn e
demän
Wahlre
freilih
liche S
Stömü
die ita
feindli
allgeme
Arbitr
ruptio
sien, d
bafteft

Schweiz, wenn die Gefinnungsbrüder dort, wo sie aufs unerhöchteste bedrückt werden, zur Selbsthilfe greifen... Hoffen wir, daß für Freiburg nicht der Tag kommen möge, wo die Nationen das letzte Beweismittel des Souveräns bilden. Die Freiburger machen ein Recht darauf geltend, nach so langem Kampfe die Bruderhilfe der übrigen Schweizer Freisinnigen in Anspruch zu nehmen. Das „Volkrecht“ leitet aus dem letzten Satze die Feststellung ab, daß eine Revolution in Freiburg ebenso wie die von 1890 in Tessin, bei der sogar ein kaiserlicher Regierungsrat erschossen wurde, auf die Unterstützung des Bundesrats hoffen dürfe. Wurden doch die Revoluzzer von 1890 gegen des Bundesrats Willen vor die Geschworenen gestellt und dort glänzend freigesprochen. Verteidiger waren der heutige Bundesrat Forrer und Dr. Zürcher, heute Professor des Strafrechts in Zürich. — Man begreift die revolutionäre Stimmung der Freiburger Freisinnigen gegen die rücksichtslose und korrupte Herrschaft des kaiserlichen Systems. Wenn sie aber hier selbst als ungeweihte Minderheit das Recht zum bewaffneten Aufstand in Anspruch nehmen, so kennzeichnet sich die zarte Pflanze der Gefinnlichkeit, die sie anderwärts so eifrig pflegen, doch als eitel Seudeleci.

Stalien.

Wahlkorruption. Es ist schon kein kleines Stück Wahlkorruption, wenn 208 neu gewählten Abgeordneten nachgewiesen wird, daß sie sich heimlich, ohne den Wählern davon Kenntnis zu geben, an den Vatikan verkauft haben. Für die Wahlhilfe, die ihnen die Kirche gegen Sozialisten, Republikaner und Radikale hat zuteil werden lassen, hat der größte Teil der „liberalen“ Regierungspartei Giolitti sich verpflichtet, keinem der Kirche unerwünschten Gesetze zuzustimmen, sobald Italien weiterhin keine Entscheidung fassen und auch sonst, ein halbes Jahr hindurch nach dem Sturze der weltlichen Regierung, nach dem Diktat der Kirche regiert werden wird. Vorausgesetzt natürlich, daß die Wählerhaft die Vollziehung dieses schimpflichen hinter ihrem Rücken abgeschlossenen Handels dulden und nicht die Regierung zu Neubahlen unter offener Fiaffe zwingen wird. Immerhin handelt es sich hier noch um ein politisches Geschäft: Wahlstimmen gegen Wahlversprechungen. Daß aber noch ganz andere Mittel der Wahlmacht unter dem System des großen Wahlreformers Giolitti angewandt worden sind, geht aus den Tatsachen hervor, die jetzt zur Begründung des von den Parteien der äußersten Linken beabsichtigten Antrags auf Einleitung eines Strafverfahrens gegen Giolitti wegen Wahlverbrechen mitgeteilt werden. Im schlimmsten ging es natürlich in Süditalien zu, dessen unwissende, im tiefsten Abgrund befangene Volksmasse von jeder einen guten Boden für jede Art öffentlicher wie privater Korruption abgeben hat. Um der unerwartet wachsenden oppositionellen und sozialistischen Strömung entgegenzuwirken, schenkte die Regierung vor seinem Mittel zurück. Sie hat, wie Gen. Cipriani in der „Humanität“ schreibt, mit der Camorra, der alten, aus der Bourbonenzeit stammenden Verbrechergesellschaft, paktiert, Wähler täten, Wahllokale schließen lassen, um den vom Lande kommenden Wählern keine Zeit mehr zum Wählen zu lassen. In der „Kolla“ erzählt Gen. Valera von dem Wahlkreis Andria-Barletta in Apulien: „Wie man im Wahlkreis Andria-Barletta vorgeht, ist schändlich. Aber bei der Stichwahl in Andria-Barletta war es ungeheuerlich. Ceci (der bürgerliche Kandidat) hat 200 000 St. ausgegeben und nach Andria 3000 Soldaten, 500 Gendarmen, 30 Kommissare, mehrere Obersten und den General Vobio kommen lassen. Andria war im Belagerungszustand. Jede Straße wurde durchzogen von Kavouillen zu 5 Mann mit aufgeschlagenem Bajonett und unter Kommando von Gendarmen. Alle fünf Minuten sprengten Schwadronen durch die Stadt. Ein Wähler, der es wagte, die Fällung der Wahlweise anzugehen und die keine Zure angab, wurde die heimlich jene ins Wahllokal kamen, die schon mehr als ein Duzendmal abgestimmt hatten, wurde verhaftet. Ein Medizinstudent wurde verhaftet, weil er einen Wahlaufruf für Ceci, den ein Verteiler ihm gab, zerriß. Die Vertreter der sozialistischen Partei wurden von den Wahllokalen verjagt.“ Man sieht, die italienische Regierung hat ihren Anschlag an den Dreißend auch für ihre innere Politik nutzbar zu machen gesucht; die bekannten Wahlmethoden Ostiens, der Risso-Claque in Ungarn und der Wiener christlich-sozialen Wahlschwinder treten hier in hohem Maße auf. Und wenn es hier noch bei dem bloßen Gewaltakt blieb, so gab es anderwärts, wo vielseltig die Bevölkerung den Diebstahl ihres Wahlrechts weniger ruhig aufnahm, gar Fete. All das konnte freilich nicht verhindern, daß die sozialistische Partei die eigentliche Siegerin dieses Wahlschlampfes ist; daß die kriegsfeindliche Stimmung sich über die Erwartungen stark gezeigt hat; daß schließlich die italienische Monarchie es nur noch der Gnade des ihr tödfeindlichen Vatikans verdankt, wenn sie nicht gleich bei der ersten allgemeinen Wahl auf der Strecke geblieben ist. Die ungeheure Arbeit, die unsere Genossen noch gegen Unterdrückung und Korruption zu leisten haben, ist mächtig gefördert durch den Wahlsieg, den sie den unmoralischsten Wahlbündnissen, den grauenhaftesten Wahlmissbräuchen zum Trotz erröchten haben.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

- Samstag, 22. Nov. A. 19. Zum erstenmale: „Phygallion“, Komödie in 5 Akten von Bernard Shaw, deutsch von Siegfried Kriebitzsch. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.
- Sonntag, 23. Nov. (Wufstag.) Keine Vorstellung.
- Montag, 24. Nov. C. 19. Zum erstenmale: „Söhne Eriksen“, Schauspiel in 3 Akten von Gustav Freytag. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.
- Dienstag, 25. Nov. B. 21. „Der Wildschütz“ oder „Die Stimme der Natur“, komische Oper in 3 Akten von Lorzing. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)
 Die sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. J. Wloch (Administration Berlin W., Potsdamerstr. 121 h), die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 23. Heft ihres 19. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Adolph von Elm: Wilhelm Schröder. — Wilhelm Kolb: Mitglied des badischen Landtags: Die Großblodpolitik und die badischen Landtagswahlen. — Max Schippel: Deutscher und amerikanischer Zolltarif. — Eduard Bernheim, Mitglied des Reichstags: Geburtenrückgang, Rationalität und Kultur. — Dr. Arthur Schulz: Ausschaltung des verteuerten Zwischenhandels in einheimischen Agrarprodukten. — Hermann Matulat, Mitglied des württembergischen Landtags: Die Invalidenversicherungspflicht der Heimarbeiter nach der Reichsversicherungsordnung. Sozialistische Bewegung von Dr. J. Wloch. — Wirtschaft von M. Schippel. — Psychologie von G. Cahm. — Wübende Kunst von L. Stern. — Kolonisation von Dr. L. Queffel. — Kunstgewerbe von P. Westheim.
 Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg. pro Quartal (6-7 Hefte) 3 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auf jeder Postanstalt, bei allen Kolporturen, in den Kiosken, sowie direkt vom Verlage der Sozialistischen Monatshefte Berlin W., Potsdamerstr. 121 h. Zufendung unter Kreuzband oder in geschlossenerem Couvert. Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Badische Politik.

Die fortschrittliche Volkspartei

Hält morgen Sonntag in Karlsruhe eine Landesausschussung ab, in welcher Herr Dr. Weill über „die Lehren der Landtagswahl und die Aufgaben der nächsten Zukunft“ einen Vortrag halten wird.

Wo soll das hinaus?

Die Zentrumsprelle überschreitet im Kampf gegen die politischen Gegner nachgerade alle Schranken. Nicht einmal mehr das Wahlgheimnis ist ihr heilig. Der in Bretten gewählte nationalliberale Abgeordnete Dr. Gerber ist nebenbei Gauborstand des Militärvereins. Diese Tatsache benützt jetzt der „Bad. Beobachter“, um gegen Dr. Gerber, der dem vom Zentrum unterstützten Bauernbündler Schmitt das Mandat abgenommen hat, ein Kesseltreiben zu veranstalten. Herr Gerber ist nicht Geh. Hofrat und Staatsbeamter; gegen ihn kann man die Regierung nicht scharf machen, ergo versucht es der „Bad. Beobachter“ beim Präsidium des Militärvereinsverbandes, indem er u. a. schreibt:

„Was die Frage angeht, daß er (Dr. Gerber) sozialdemokratisch gewählt habe, so verweigere er die Auskunft, da die Wahl geheim sei. Selbstverständlich haben die Mitglieder eines baderländischen Verbandes das Recht, darüber Aufklärung zu erhalten, wie ihr Gauborsitzender in solchen Fragen denkt und sich betätigt.“

Daselbe Recht, welches hier der „Bad. Beobachter“ den Mitgliedern der Militärvereine und dem Präsidium derselben zugesichert, muß er logischerweise auch der Regierung gegenüber den Staatsbeamten zugestehen. Wenn man erst die Schmeichelei über die Ausübung des geheimen Wahlrechts als berechtigt anerkennt, gibt es über Art und Umfang dieser Schmeichelei überhaupt keine Grenzen mehr. Wie tapfer hat doch früher die Zentrumsprelle gegen die Einmischung der Militärvereine in die Politik und in die Wahlen protestieren können, damals nämlich, als das Zentrum noch in einer Front mit der Sozialdemokratie gegen die Nationalliberalen bei den Wahlen kämpfte. Man kann sich nach der oben zitierten Äußerung des „Bad. Beobachters“ ungefähr einen Begriff machen, welchen Zuständen wir in politisch entgegengegangenen, wenn das Zentrum einmal in Baden das Szepter schwingen könnte.

Das geheime Wahlrecht und das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter und -Beamten waren ihm Luft und noch manches andere dazu.

Die Unwahrscheinlichkeit der Zentrumspolitik

wird wieder einmal in einem Artikel der „Köln. Volksztg.“ über die Arbeiten des Landtags in bengalische Beleuchtung gerückt. Es heißt da:

„Das Ministerium des Innern wird eine Denkschrift über das Verhältniswahlverfahren vorlegen. Ihre Besprechung wird den Parteien Gelegenheit bieten, sich zu dieser Frage auszusprechen. Mehr als theoretischen Wert wird diese Besprechung wohl kaum haben, da die erkante Zweidrittelmehrheit des Notblods nicht erreicht worden ist und im Zentrum wie bei den Konservativen vorläufig wenig Gerechtigkeit besteht, das erst vor neun Jahren geschaffene Wahlsystem wieder radikal zu ändern, insbesondere auch deshalb, weil ungewissheit auch in den weitesten Volksteilen durchaus keine Stimmung für dieses Wahlverfahren vorhanden ist.“

Nach auf dem letzten Landtag hat die Zentrumsfraktion einstimmig für den Antrag auf Einführung der Verhältniswahl gestimmt, ebenso die Konservativen. Was hat sich mittlerweile geändert? Nichts als die Haltung des Zentrums und der Konservativen, die von der Verhältniswahl deshalb nicht mehr wissen wollen, weil sie ihnen keine Vorteile verspricht. Und dabei hat die reaktionäre Presse die Kühnheit, den Anhängern der Verhältniswahl zu unterstellen, daß sie nur aus purem Parteiegoismus den Proporz verlangen. Das Zentrum hat demnach auf dem letzten Landtag eine elende Komödie gespielt, als es für den Proporzantrag stimmte. Bekanntlich hat das Zentrum schon vor zehn und mehr Jahren den Proporz verlangt. Man sieht an diesem Beispiel wieder einmal, wie wenig auf das Zentrum in Fragen der Volksrechte Verlaß ist. Aus purem Parteiegoismus änderte es seine Stellungnahme zur Proportionalwahl von einem Landtag zum andern und dabei kämpft es „mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht“. Daß Gott erbarm!

Wie Herr Wader demontiert.

Im „Bad. Beobachter“ publiziert Herr Wader dieser Tage einen längeren Artikel, in welchem er sich gegen den ihm gemachten Vorwurf der verhaschten Ministerstürzerei verwehrt. Herr Wader macht dabei der sozialdemokratischen und liberalen Presse den Vorwurf des Mangels an Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit gegenüber dem Zentrum und speziell der Person des Herrn Wader. Die Zentrumsprelle und auch Herr Wader sind immer gleich bei der Hand, mit dem Vorwurf der Unehrlichkeit und Unwahrscheinlichkeit gegenüber der gegnerischen Presse zu operieren. Noch selten aber ist dieser Vorwurf so ungeniert und so unbegründet erhoben worden, als in dem speziellen Falle, um den es sich hier handelt.

Herr Wader schreibt in seinem Verteidigungsartikel unter andern:

„Wie auf Kommando suchte mich die Großblodprelle aller drei Schattierungen als „Ministerstürzer“ hinzustellen. In meiner Freiburger Rede vom 13. November soll ich als solchen mich entpuppt haben.“

Die eben genannte Presse hätte nicht nötig gehabt, mir diesen neuen Beweis ihrer Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit gegenüber dem Zentrum und meiner Person zu erbringen. Ich hatte schon vorher der Beweise genug.

In Wirklichkeit habe ich das direkte Gegenteil von dem getan, was mir zu sehr durchsichtigen Zwecken aller Wahrheit zum Lohn nachgelegt wird.

Nachdruckvoll habe ich den Standpunkt vertreten, daß wir einer starken Regierung bedürfen und daß wir vom Zentrum eine andere Regierung als eine starke nicht wünschen. Mit gutem Grunde konnte ich darauf hinweisen, daß wir vom Zentrum und ich persönlich jederzeit diesen Standpunkt vertreten haben. Ich fügte noch bei, daß ich auch dann (!) eine andere als starke Regierung der Kammer gegenüber nicht wünschen würde, wenn sie in ihrer Mehrheit aus Zentrumsleuten (!) bestände.

Wer aber auf diesem Standpunkt steht und diese Sprache spricht, der kann doch wahrhaftig nicht zu den „Ministerstürzern“ gehören und ehlicher Weise nicht als „Ministerstürzer“ verhasst werden.

Wie ich jederzeit einer starken Regierung das Wort geredet habe, so habe ich stets nicht weniger den Standpunkt vertreten, daß auch die andern Faktoren, welche berufen sind, die Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse zu beeinflussen, die Geltung haben und mit Energie betätigen, welche ihnen nach der Verfassung zukommt.

Nicht genug damit, daß ich einer starken Regierung, stark auch gegenüber der Kammer, das Wort redete, habe ich in meiner Freiburger Rede ausdrücklich alle „Ministerstürzerei“ für das Zentrum von der Hand gewiesen.

Diesen windigen Ausflüchten und Sophistereien stellen wir den Wortlaut der Freiburger Siegesrede des Herrn Wader nach einem Bericht des „Bad. Beobachters“ gegenüber, wonach Wader u. a. ausführte:

„Was den Ministerwechsel, von dem in letzter Zeit so viel gesprochen wurde, angeht, so wäre das Wahlergebnis wohl dazu angetan, dem einen oder andern von den Ministern die Frage vorzulegen, ob es nicht ein Gebot der politischen Schicklichkeit wäre, den Platz zu räumen, denn die schwere Niederlage des Notblods ist für jeden Großblodfreund unter den Ministern ebenfalls eine Niederlage. Es sei aber nicht Sache des Zentrums, Minister zu stürzen, aber die Zentrumsfraktion werde diesen Männern gegenüber — er wolle nicht sagen, die Bühne zeigen, sondern mehr Energie an den Tag legen. Mögen nun neue Minister kommen oder nicht, doch wird man als selbstverständlich bezeichnen können, daß sie dem letzten Wahlergebnis mit seiner sehr deutlichen und kräftigen Sprache Rechnung tragen müssen. Und das sei die große Bedeutung der Wahlerfolge vom Oktober 1913.“

Wenn die hier zitierten Äußerungen Waders einen Sinn haben sollen, so können sie doch nur den haben, daß Wader dem einen oder andern von den badischen Ministern nahegelegt hat, aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen zu ziehen, d. h. zurückzutreten. Was anders sollen denn die Worte vom Gebot der politischen Schicklichkeit, das dem einen und andern Minister gebietet, den Platz zu räumen, bedeuten, zumal wenn in unmittelbarem Anschluß daran gesagt wird, die Zentrumsfraktion werde diesen Männern gegenüber wenn auch nicht die Bühne zeigen, so doch mehr Energie (als bisher) an den Tag legen? Die Zwischenbemerkung Waders, daß es nicht Sache des Zentrums sei, Minister zu stürzen, hat in dem Zusammenhang, in welchem sie gemacht wurde, gar keinen Sinn und erst recht keine Bedeutung. Das Wichtige und Bedeutsame in der Waderischen Rede ist die politische Konsequenz, auf welche Wader den einen und andern Minister in unzweideutiger Weise aufmerksam gemacht hat, die in dem Satze gipfelt, daß es wohl ein Gebot der politischen Schicklichkeit sei, wenn der eine und andere Minister seinen Platz räume. Direkt kann natürlich das Zentrum keinen Minister stürzen, denn wir haben ja nicht das parlamentarische Regierungssystem, wohl aber kann es durch „mehr Energie“ in der Bekämpfung des „einen und andern Ministers“ diesen das Leben so sauer machen, daß sie es vorziehen, „den Platz zu räumen“.

Das Dementi Waders ist wieder einmal ein Musterbeispiel zentrumlicher Sophistik. Man kann den Tatsachen nicht mehr Gewalt antun und keine ungerechtere Vorwürfe erheben, als es Wader in seinem Dementiartikel tut. Auch die von ihm aus dem Wahlergebnis gezogene politische Schlussfolgerung ist grundfalsch. Es ist nicht wahr, auch wenn es noch so oft betont wird, daß der diesjährige Wahlerfolg des Zentrums und der Konservativen auf eine politische Rechtschwenkung des badischen Volkes zurückzuführen ist. Die Stimmenmehrheit gegen die schwarz-blaue Koalition ist 1913 relativ und absolut eine erhebliche größere, als sie es 1905 war. Das Zentrum hat ja nicht einmal seine Stimmzahl vom Jahre 1905 erreicht, trotzdem es die gewaltigsten Anstrengungen gemacht hat. Sein Erfolg ist kein politischer, sondern ein taktischer. Die Regierung hat deshalb auch gar keinen Anlaß, die von Wader gewünschten Schlussfolgerungen zu ziehen.

Und was soll denn das Gerede von der „starken Regierung“ befragen, nach der das Zentrum jetzt so große Sehnsucht hat? Ist das die Sprache einer Volkspartei? Würde Herr Wader auch dann nach einer „starken“ Regierung rufen, wenn sie sich gegen die politischen Machtgelüste des Zentrums stark zeigte? Es gab in Baden eine Zeit, wo wir eine Regierung hatten, in der sich Männer befanden, die sich „stark“ fühlten und die das Wort „niemals“ aussprachen. Es war die Zeit, wo das Zentrum in einer Front mit der Sozialdemokratie für das direkte Wahlrecht kämpfte. Damals hat Wader nie den Wunsch nach einer „starken“ Regierung geäußert, im Gegenteil, er ist mit den sich „stark“ fühlenden Ministern umgesprungen, wie faum je ein anderer badischer Politiker und Parlamentarier. Damals hat Herr Wader und hat die Zentrumsprelle es auch nicht als ein Verbrechen an Staat und Monarchie bezeichnet, wenn bürgerliche Parteien die Sozialdemokratie bei den Wahlen kräftig unterstützten und als die Demokraten damals in Karlsruhe mit der Sozialdemokratie ein Abkommen in aller Form trafen, gab das Zentrum nicht nur dazu seinen Segen, sondern auch noch eine entsprechende Anzahl von Wählern und den weitaus größten Teil seiner Wählerstimmen.

Damals machte sich Wader über die Entrüstung der nationalliberalen Presse wegen der Auslieferung der „getreuen Residenz“ an die Sozialdemokratie durch das Zentrum lustig und prägte das Wort von „den traurigen Gestalten von Volksmännern, die solche Sprüche machen.“

Heute mimt das Zentrum die Entrüstung, die damals die Nationalliberalen zur Schau trugen; sie ist aber nicht ehrlicher und nicht wahrhaftiger als die damals von den Nationalliberalen gemimte, im Gegenteil.

Der Wunsch nach der „starken Regierung“ ist weiter nichts als der Wunsch, die Regierung möge dem Zentrum durch Umgehung der Verfassung helfen das zu erreichen, was ihm bisher immer vorbeigelungen ist. Weil die Regierung sich nicht so „stark“ zeigt, wie Wader und die Zentrumsprelle es wünschen, deshalb der Wunsch dem Baupfahl in der Freiburger Siegesrede.

Gewerkschaftliches.

Dagersheim, 21. Nov. Die hiesige, 500 Arbeiter, meistens Frauen und Mädchen beschäftigende Samtfabrik hat ihren täglichen Betrieb um 3/4 Stunden eingeschränkt. Es bedeutet dies einen empfindlichen Lohnausfall.

Wiesloch, 21. Nov. In Malsch und in Roth fanden letzter Tage öffentliche Versammlungen der Tabakarbeiter statt, in welchen gegen das ablehnende Verhalten des Arbeitgeberverbandes Mannheim gegenüber den Forderungen der Tabakarbeiter Stellung genommen wurde.

Der Streik der Lehrer Kartonnagen- und Etuisarbeiter geht jetzt bereits in die sechste Woche und ein Ende ist noch nicht abzusehen, nachdem die Fabrikanten den Versuch der Streikenden, durch Werkstattkommissionen zu einer Verständigung mit ihnen zu gelangen, nach einigen Winkelfügen mit der Forderung der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit beantwortet haben. In einer Versammlung der Streikenden am 18. November, in der die Vertreter des Buchbinderverbandes es ihnen freigestellt, nach eigenem Ermessen selbst zu entscheiden, ob sie darauf eingehen wollten, erklärten sie sich mit 316 gegen 2 Stimmen gegen die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, was dem Vorstehen der Fabrikantenvereinigung noch am gleichen Tage mitgeteilt wurde.

Die Fabrikanten lehnen jede Unterhandlung und Vermittlung ab mit der Erklärung, Lohn erhöhungen seien immer gewährt worden, sie würden auch nach Möglichkeit zukünftig gewährt werden; die Fabrikanten würden bestrebt sein, das gute Einvernehmen mit der Arbeiterschaft, ganz gleich, ob organisiert oder nicht organisiert, zu pflegen, aber erst sollten die Arbeiter bedingungslos zur Arbeit zurückkehren. Von dem bisherigen „guten Einvernehmen“ haben nun die Arbeiter die Nase gründlich voll, denn dieses bestand tatsächlich in einer Art sklavensartiger Dasein, in dem von einer Arbeitsfreiheit oder einem Mitbestimmungsrecht bei den Arbeitsbedingungen wenig oder gar nichts zu spüren war.

Der Kampf geht also weiter. Die Einwohnerschaft von Lehr und Umgegend soll durch ein Flugblatt des Buchbinderverbandes über die Arbeitsverhältnisse in den Lehr Kartonnagen- und Etuisfabriken sowie über die Ursachen des Streiks aufgeklärt werden. Es wird gebeten, überall den Bezug von Kartonnagen und Etuisarbeitern fernzuhalten.

Soziale Rundschau.

Krankentafelwahlen. In der antisemitischen Hochburg Wilschdorf werden die Wahlen bei den Ausschüssen zu der Allgemeinen Ortskrankenkasse elf Sitze, während auf die Liste der freien Gewerkschaften 19 Sitze entfielen.

Kerzestreik in Düsseldorf. Zwischen den Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen im Stadt- und Landkreis Düsseldorf war es, wie wir schon berichteten, zu einem Vertragsabschluss auf fünf Jahre gekommen. Durch diesen Friedensschluß hat der Vorstand des Leipziger Kerzereverbandes einen dicken Strich gemacht. Er hat seine Zustimmung zu dem Vertragsabschluss versagt, weil im übrigen Deutschland noch keine Einigung zwischen Kerzern und Kassen erzielt worden sei. Die Düsseldorfker Kerzere sollen „Solidarität“ betonen und vom Vertragsabschluss zurücktreten. Das haben sie dann auch in Aussicht genommen. Das haben sie dann auch inzwischen — nach wiederholten erfolglosen Vorstellungen in Leipzig — getan, sobald es auch in Düsseldorf zum Kampfe kommen wird, trotz der bereits vor kurzem erdglühigen Einigung. Die Kassenvorstände werden nunmehr zum System der beamteten Kerzere übergehen.

Krankenkasse und Dentisten.

Von der Verwaltung der Karlsruher Ortskrankenkasse wird uns geschrieben:

In einem Artikel in Nr. 316 des „Karlsruher Tagblattes“ vom 14. November greift die Ortsgruppe Karlsruhe des Vereins badischer Dentisten die Krankentafelverwaltung in Karlsruhe ob ihrer Stellung gegenüber den Wünschen der Dentisten in Bezug auf die Zahnbehandlung der Kassenmitglieder an und versucht mit ihren Ausführungen, für die Zulassung der Zahnkassenmitglieder bei den Ortskrankenkassen Stimmung zu machen. Während der Artikel einleitend nur von den Zahnärzten spricht, wird in den weiteren Ausführungen für Zahnärzte und Zahnkassenmitglieder die gemeinschaftliche Bezeichnung Zahnkassenmitglieder angewendet. Die Zahnärzte für ihren Teil weisen diese Benennung zurück, da sie nur für die nicht approbierten im Gegensatz zu den approbierten Zahnärzten angewandt wird. Es muß deshalb hervorgehoben werden, daß den staatlich geprüften Zahnärzten, die sich der Zahnbehandlung widmen, die Bezeichnung Zahnarzt zukommt, während als Zahnkassenmitglieder, Dentist etc. sich alle diejenigen bezeichnen, die sich zwar der Zahnbehandlung widmen, aber häufig nur in der Technik ausgebildet sind und in ihrer Vorbildung und Berufsausbildung nicht immer hinreichende Gewähr für die Zuverlässigkeit ihrer Leistungen bieten.

Da die eigentlichen Vertreter der Zahnheilkunde Zahnärzte sind und die Krankentafel die Pflicht haben, nach bester Möglichkeit für das Wohl ihrer Mitglieder zu sorgen, so kann die Kassenverwaltung schon an sich kein Vorwurfs treffen, wenn sie auf die vorzugsweise Zulassung der Zahnärzte zur Krankentafelbehandlung Bedacht nimmt. Daß einige Kassenmitglieder bei Erörterungen in der Generalversammlung der Ortskrankenkasse für die Wünsche der Zahnkassenmitglieder eingetreten sind, ist richtig, ebenso die von dem Verein der Dentisten hervorgehobene Tatsache, daß in den Kreisen der Kassenmitglieder das Verlangen der Dentisten bezüglich der Zulassung zur Kassenbehandlung unterstellt wurde. Es ist demgegenüber aber zu beachten, daß die Ortskrankenkassen hier über 30 000 Mitglieder zählen und daß die Inanspruchnahme der zahnärztlichen Behandlung von Jahr zu Jahr in immer stärkerem Maße wächst. Während die Zahl der zahnärztlich behandelten Patienten im Jahre 1911 ca. 7600 betrug, trat im Jahre 1912 eine Erhöhung der Behandlungsfälle um über 1000 ein und im Jahre 1913 wird wiederum ein entsprechend stärkerer Zuwachs zu verzeichnen sein. Erst seit der Zulassung der Zahnärzte haben die Beschwerden aufgehört, die in früherer Zeit, während die Kassenbehandlung anderweitig geregelt war, an der Tagesordnung waren. Die zahnärztliche Hilfe wurde auf Drängen der Kassenmitglieder eingeführt. Wenn nötig, sind die Kassen auch bereit, den Kreis der zugelassenen Zahnärzte zu erweitern, obgleich sich dann dieselbe Erscheinung einstellen wird, die sich auch sonst bei der freien Arztwahl zeigt, daß nämlich nur einige wenige den Hauptzulauf der Kassenmitglieder zu verzeichnen haben. Zweifellos würde durch die Zulassung der Zahnkassenmitglieder der Aufwand der Krankentafel für die Zahnbehandlung wesentlich erhöht werden. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Zahnkassenmitglieder nach den gesetzlichen Vorschriften der R.-V.-O. nicht befragt sind, die Behandlung auszuführen, sobald dieselbe über das eigentliche Gebiet der Zahnkassen hinausgreift, ein Grund mehr, die Zulassung der Zahnkassenmitglieder nicht ohne weiteres zu befürworten.

Vollständig irreführend ist das, was der fragliche Artikel über die Stellung der Reichsversicherungsordnung und der Badischen Vollzugsverordnung zur Frage der Zulassung der Zahnkassenmitglieder zur Krankentafelbehandlung sagt. Die Tendenz der fraglichen Bestimmungen ist die, daß in erster Linie die Ver-

handlung durch Zahnärzte in Frage kommt, wo solche in genügender Zahl vorhanden sind. Ausgeschlossen von der Dentistenbehandlung sind nach § 123 der Reichsversicherungsordnung ohne weiteres die Mund- und Kieferkrankheiten. Das Gebiet dieser Krankheiten läßt sich aber nicht leicht von dem der Zahnkrankheiten abgrenzen und Mund- und Kieferkrankheiten kommen bei den Krankentafelpatienten gerade sehr häufig vor. Nach § 12 der Badischen Vollzugsverordnung zur neuen Krankentafelversicherung können Zahnkassenmitglieder bei Zahnkrankheiten mit Ausschluß von Mund- und Kieferkrankheiten die Behandlung in Orten oder Bezirken übernehmen, für die das Versicherungsamt auf Antrag eines Versicherungsträgers und nach Anhörung des Bezirksarztes ein Bedürfnis anerkannt hat. Ein solches Bedürfnis liegt aber nach der zitierten Bestimmung nur dann und insoweit vor, als nicht genügend Zahnärzte vorhanden sind, die zu angemessenen Bedingungen die zahnärztliche Behandlung zu übernehmen bereit sind.

Die von dem Dentistenverein als vorbildlich bezeichnete Art, den Interessen der Dentisten dadurch gerecht zu werden, daß ein Vertrauensarzt die Patienten untersucht und dieselben dann je nach Art des Behandlungsfalles einem der zugelassenen Zahnärzte oder Dentisten überweist, muß von dem in erster Linie maßgebenden Standpunkt der Versicherten aus wegen der damit verbundenen Weitläufigkeiten und höheren Kosten als kaum durchführbar bezeichnet werden.

Die von dem Dentistenverein angeführte Beschränkung der zahnärztlichen Leistungen in der Dienstbotenkrankenkasse mußte deshalb eingeführt werden, weil nachgewiesen worden ist, daß Wunden vom Lande und von anderen Städten zugezogen, um sich, nachdem sie kurze Zeit und manchmal nur einige Tage angehalten waren, die Zähne in Ordnung bringen zu lassen. Hierfür waren selbstverständlich nicht genügend Mittel bereit zu stellen.

Im übrigen aber ist der von dem Dentistenverein angeführte Antrag der Kassenärztlichen abgelehnt, so daß abgewartet werden muß, ob durch Heranziehung der Kassenmitglieder der bestehenden Zustandes empfohlen, die für die Kassenmitglieder selbst nur unannehmlichkeiten und für die Kasse zweifellos eine Erhöhung der finanziellen Belastung zur Folge haben würden. Alle Kassenmitglieder, die die Sachlage unbefangenen prüfen, werden die Stellung der Kassenverwaltung in dieser Frage vollumfänglich billigen müssen.

Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß bei Anfertigung von Gebissen auch die Techniker jederzeit für die Kassen tätig sein könnten und daß dies auch ferner so bleiben wird.

Die Frage der Zulassung der Dentisten zur Behandlung wird die Kassenvorstände nach wie vor beschäftigen und wenn sich Mittel und Wege zur Beseitigung der geschilderten Mängel finden lassen, haben die Krankentafeln sicherlich kein Interesse mehr daran, die Mitarbeit der Dentisten finanzanzustellen.

Andere Städte können hier als Beispiele nicht angerufen werden, weil für die Realisierung dieser Aufgaben der Krankentafeln in erster Linie örtliche Verhältnisse maßgebend sind.

Neues vom Tage.

Durch Erdmassen verschüttet. Frankfurt a. O., 21. Nov. Bei den Erweiterungsbauten auf dem hiesigen Bahnhof sind gestern nachmittags drei Arbeiter durch niedergehende Erdmassen verschüttet worden. Zwei wurden als Leichen geborgen, der dritte hatte doppelte Brüche beider Beine davongetragen.

Jahrlässige Ebnung. Wiesbaden, 21. Nov. Am Nachmittag des 21. September wurde in Nohdenheim die 21jährige Gisi Keller durch einen 18-jährigen Schlosserlehrling namens Wibel erschossen. Der Junge hatte ein kleines Gewehr, das der Wirt Alois Keller für einen Augenblick unvorsichtigerweise an die Wand gestellt hatte, an sich genommen und beim Schützenspielen damit die Keller in den Kopf geschossen. Wibel sowie Keller hatten sich heute vor der hiesigen Strafkammer wegen fahrlässiger Ebnung zu verantworten. Keller auch wegen Schießens in der Nähe bewohnter Häuser ohne polizeiliche Erlaubnis. Wibel erhielt zwei Tage, Keller drei Tage Gefängnis, letzterer außerdem noch 10 M. Geldstrafe. Beide sollen der bedingten Bewährungsstrafe empfohlen werden.

Schiffsunfall. München, 21. Nov. Auf der Donau bei Wiblingen in Ober-Ostereich ist ein mit sechs Personen besetzter Transportkahn, der 30 Stück Vieh an Bord führte, mit dem Dampfer „Mars“ der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, der wegen Nebels vor Anker lag, zusammengefahren. Der Transportkahn stürzte um. Zwei Personen ertranken, die übrigen konnten von der Befahrung des „Mars“ gerettet werden. 15 Stück Vieh ertranken und die anderen schwammen an Land.

Eine Balkenlandung. Greding (Oberpfalz), 21. Nov. Bei Greding ist gestern ein französischer Ballon gelandet, in dem sich ein Herr und eine Dame befanden. Es war ein französischer Großkaufmann aus Paris und dessen Gattin, die Nichte des Präsidenten Boucaire. Die Fahrt von Paris nach Greding hatte 11 Stunden gedauert. Der Ballon wurde mit der Bahn nach Paris zurücktransportiert.

Zum Eisenbahn-Diebstahl. Köln, 21. Nov. Wie die hiesigen Behörden zu dem bereits gemeldeten Postdiebstahl mitteilen, ist über den Diebstahl im Expresszug Köln-Paris noch nichts ermittelt worden. Da bei der Uebergabe der Kiste an die belgischen Postbeamten die Siegel unversehrt waren, da ferner die Sendung unbeanstandet als richtig übernommen wurde und auch belgische Beamte den Transport mit überwachten, nimmt man an, daß der Diebstahl nicht auf deutscher Strecke ausgeführt ist.

Das Schwindelmandar in Berlin teilweise geklärt. Berlin, 20. Nov. Bei dem bereits gemeldeten groß angelegten Schwindel gegen Arbeitslose, die angeblich nach Reichsbad in Schlesien transportiert werden sollten, sind dem Betrüger gegen 8000 M. in die Hände gefallen, die er den Leuten als Vorschüsse für ihren Transport abgeschwindelt hatte.

Ein Bankier in der Fremdenlegation. Hamburg, 21. Nov. Nach beträchtlichen Verträgen flüchtete vor einigen Jahren aus Vortrübde der Bankier Schubert. Nun ist ein Brief aus Afrika eingetroffen, aus dem hervorgeht, daß der einstige Bankier als Unteroffizier in der Fremdenlegation dient.

Gräfin und Offiziersburleske. Unter aufregenden Ueberschriften teilte die Presse vor einigen Tagen mit, daß in San Remo eine geborene Gräfin Tiepolo den Büchsen ihres Mannes erschossen habe, weil er versucht haben sollte, sie zu vergewaltigen. Das ist, soweit die Motive der Tat und die ihr vorhergegangenen Ereignisse in Frage kommen, ein Schwindel gewesen. Der arme Burleske hat nicht nur keine Gewalttat versucht, sondern er hat sich vielmehr geweiigert, der Dame weiter gewisse Dienste zu leisten. Darum ist er als unbehaglicher Zeuge beseitigt worden. Aus Italien wird jetzt berichtet:

Mit Sehnsucht ermatete ich den Ablauf meiner Dienstzeit; meine Herrin wird gefürchtlich, und zu gewissen Dienstleistungen gebe ich mich nicht mehr her. Nun, am 15. November hat die Herrlichkeit ihr Ende!

In dieser von zwei glaubwürdigen Zeugen beglaubigten Aussage des Offiziersbüros Bolimanti liegt die Lösung des rätselhaften Totfalls, der von der Hauptmannsgattin Maria Dagnone geborenen Gräfin Tiepolo in San Remo verübt worden ist. Er, ein 21jähriger hübscher und flotter Burleske. Sie hochgebildet, 33 Jahre alt, von außergewöhnlicher Schönheit und hochgradig hysterisch. Zu Sommeranfang zeigt sich die Herrin in herausforderndem Neglige, läßt sich vom Burlesken in die Badetabine begleiten und — abströmen. Bolimanti erhält Besuche, eine silberne Uhr, ein silbernes Zigarettenetui, ein Rebaillon samt Photographie und einer Karte seiner Herrin. Der Arzt verordnet der aufgeregten Dame einen Luftwechsel und augenblickliche Abreise. Beim Packen der Koffer muß der Burleske helfen; nach 10 Uhr vormittags wurde er erschossen; seine Leiche fand man im Meer, und abends 7 Uhr wurde die Gräfin verhaftet ins Gefängnis gebracht.

Sturm in der Nordsee. Cuxhaven, 20. Nov. In der Nordsee herrscht seit zwei Tagen heftiger Sturm. Der gesamte Schiffsverkehr in der Elbmündung ist ins Stocken geraten. Alle Schiffe haben im Hafen Schutz gesucht.

Eingeklandete Verbrecher. Thorn, 21. Nov. Der Ende August in Hohenfalsa verhaftete fahnenflüchtige Musikföhrer Josef Straßmeier vom 81. Infanterie-Regiment hat jetzt in hiesigen Militärarresthause eingeklandet, den Doppeltraubmord an dem Organisten und dessen Wittelin Malinowski zu Althausen im Kreis Krumm in der Nacht zum 8. August verübt zu haben. Ferner legte er das Gefährnis ab, den Rentempfangern Schmanski auf offener Straße überfallen und beraubt sowie mehrere Einbruchdiebstähle ausgeführt zu haben.

Berlin, 21. Nov. Im vergangenen Jahre wurde in einer Strohmiete in der Umgegend von Leipzig ein Mann mit einem Dolchmesser in den Hals tot aufgefunden. Man nahm damals Selbstmord an. — Jetzt hat der Fürstengoldgänger Arnold aus Leipzig das Gefährnis abgelegt, daß er zusammen mit einem Komplizen den Mann erdrosselt und beraubt habe.

Fliegerunfall. Reims, 21. Nov. Der Flugapparat des französischen Aviatikers Emile Bedrines hing gestern während eines Fluges über Meuse. Bedrines ist schwer verletzt. Der Apparat ist vollständig vernichtet.

Flucht aus dem Irrenhause. Rom, 21. Nov. Sämtliche in der Provinzial-Irrenanstalt in Pontejevo internierten jungen Geisteskranken, 1650 an der Zahl, sind nach einer Meldung des „M. L.“ ausgebrochen. Die Geisteskranken bewaffneten sich mit Messern und anderen Geräten, überfielen die Wärter und überwältigten sie. Unter Gefangenen wurden auch zwei Ärzte, die die Geisteskranken der Gegend ist auf der Jagd nach den Flüchtigen.

Der Sprung aus dem Schnellzug. Wien, 21. Nov. Vorgestern abend sind, wie die „N. Fr. Pr.“ berichtet, die Führer der ungarischen Opposition in Wien eingetroffen. Bei den Mitreisenden des Zuges erregte es lebhaftes Aufsehen, daß Graf Michael Karolvi, der in Budapest denselben Zug bestiegen hatte, in Wien nicht angekommen ist, und dieses Aufsehen steigerte sich noch, als es bekannt wurde, daß Graf Karolvi unterwegs bei der Station Rakos-Palota von dem in voller Fahrt befindlichen Schnellzug abgesprungen ist. Aus Mitteilungen des Grafen Julius Andraffy, der im Zuge in Gesellschaft des Grafen Karolvi war, wurden die Gründe dieses Entschlusses des Grafen Karolvi bekannt. Die Führer der Opposition haben nämlich nach der Abfahrt des Zuges von Budapest unmittelbar eine wichtige Meldung erhalten, welche es notwendig erscheinen ließ, daß einer von ihnen nach Budapest zurückkehre und dort einige Verfügungen treffen. Als diese Notwendigkeit konstatiert wurde, war der Zug kurz vor Rakos-Palota angelangt, wo der Schnellzug nicht zu halten pflegt. Graf Karolvi verließ nun sein Coupee, öffnete die Tür und sprang von dem dahinsausenden Zuge ab. Da man aus dem Wagon den Eindruck gewann, daß Graf Karolvi beim Absprung zu Boden gestürzt und mißglücklicherweise unter die Räder des Zuges gekommen sei, stürzte einer der Anwesenden zur Notleine und gleichzeitig brachte auch der Kondukteur den Zug zum Stehen. Die Reisenden suchten die Strecke ab, konnten jedoch den Grafen Karolvi nirgends finden, worauf der Zug wieder in Bewegung gesetzt wurde. Erst in Neuhäusel erhielt Graf Andraffy eine Depesche Karolvis, wonach ihm nichts geschehen sei, und abends erhielt Graf Andraffy in Wien die telephonische Nachricht des Grafen Karolvi, daß er den ihm erteilten Auftrag ausgeführt habe.

Ein Brennerer Dampfer im Kanal. London, 20. Nov. Der Brand eines Dampfers auf hoher See wird nach einer Depesche der „Daily Mail“ von der Insel Wight gemeldet. Gestern nacht gegen 1 Uhr wurde von der Insel Wight in etwa 15 Seemeilen Entfernung ein größeres Schiff, das in Flammen stand, gesichtet. Mehrere Schiffe, die es bemerkten, eilten sofort zur Hilfe. Die Rettungsaktionen in der Brighton- und Harrowfield haben mobil gemacht und Rettungsboote ausgesandt. Aus Southampton wurde ein großer Schleppdampfer telephonisch um Hilfe herbeigerufen.

London, 20. Nov. Auf dem verbrannten Dampfer Scotsburghy befanden sich, wie jetzt feststeht, 27 Personen. Das Schiff ist bis auf die Wasserlinie heruntergebrannt. Alle Mannschaften und Passagiere konnten nach den bisher hier eingetroffenen Meldungen gerettet werden.

Aus der Stadt.

41. Landtagswahlkreis. Die Genossen und Genossinnen seien nochmals auf den morgen Sonntag nachmittags 5 Uhr beginnenden Unterhaltungsabend in der „Gewerkschaftszentrale“ hingewiesen. Neben dem Gesangsverein „Gleichheit“ haben verschiedene Genossen ihre Mitwirkung zugesagt, jedoch die Veranstellung sicher einen gemüthlichen, unterhaltenden und schönen Verlauf nehmen wird.

Bund Deutscher Bodenreformer (Ortsgruppe Karlsruhe). In der Mitgliederversammlung am 17. erhaltete der Vorsitzende, Baurat Dr. Fuhs, Bericht über den so eindrucksvoll verlaufenen 23. Bundesstag der Deutschen Bodenreformer in Straßburg. Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Bundestages sei die Frage der weiteren Ausgestaltung der Wertschöpfung, nachdem das Reich auf seinen Anteil verzichtet habe, gestanden. Als dringend notwendig sei deren Ausbau durch Stadt und Gemeinde erachtet worden. Die vielen Beispiele praktischer Bodenreformarbeit in Straßburg wurden lobend erwähnt. Der Berichtsteller wies sodann noch auf die große Zahl der interessanten Vorträge des Bundestages und deren Veröffentlichung in der Zeitschrift „Bodenreform“ hin. Im Jubiläumsjahre der Stadt Karlsruhe — 1915 — soll der Bundestag hier abgehalten werden. Mit der Aufforderung, bis dahin rüthig zu arbeiten an der Ausbreitung des Gedankens der Bodenreform, schloß der Vorsitzende seinen mit großem Beifall aufgenommenen Bericht. Hierauf hielt Stadtverordneter, An-

No. ... aber reich ... es an ... Steigeru ... danke ... Stunden ... n lag ... Liebe gu ... solche ... allen ... schaft m ... Mark ge ... wurde b ... Rest bar ... Grundsi ... desam ... durch gu ... wir ein ... Größe ... uns 100 ... 72 000 ... kin de ... säumt ... und Spi ... vielleicht ... zu Sch ... dert Jan ... Wasser ... Steigung ... anlagen ... Wirtschaft ... enthält ... eine eig ... noch ein ... zugelum ... front in ... Dem Be ... übergeb ... auf rund ... gew er ... Jahr f ... 6500 bis ... summe ... Restaura ... ausgef ... mit Web ... finden a ... Unterf ... in den e ... Konerte ... stierten ... auch lei ... gefehen ... stellen, ... gutes B ... friedenst ... schaft ... verfehlt ... jehen. ... versäum ... Seiten a ... Radfahr ... Sports ... Gesunde ... Rumpf- ... ist es, h ... fahren ... jedes ein ... Weine in ... Bemegun ... Reigenf ... hat, die ... erforder ... Sinn zu ... Fahret ... werde ... dem gam ... edler K ... Vertrau ... fahrers ... des Reich ... derer ... Jeder m ... der Zeit ... gefomme ... für ihn, ... Regeln i ... auch die ... beigetra ... Tal ... ihren i ... ihre we ... nachzuw ... Schöden ... wohnhei ... zusam ... stimmung ... Nachahn ... griffener ... greifen ... dauern ... erfahren ... wuchs a ... ihres B ... von Pa ... Beliebt ... recht ge ... Raerei ... ein. ... lmitia

genieur Kaufmann einen interessanten Vortrag über: „Das Erbbaurecht und seine Anwendung auf städtischen Grundbesitz unter besonderer Berücksichtigung der Stellungnahme der Stadtverwaltung Karlsruhe zu dieser Frage“. Redner hatte mit großem Fleiß die einschlägige Literatur durchgearbeitet, um ein möglichst umfassendes Bild über die Frage des Erbbaurechts geben zu können. An zahlreichen Beispielen, u. a. auch aus dieser Stadt, erläuterte er die Anwendung des Erbbaurechts und dessen Vorzüge, wies aber auch auf die vielerlei Schwierigkeiten hin, die seiner Einführung vielerorts entgegenstehen. In den Vorträgen, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine äußerst interessante Aussprache an. Es wurde hervorgehoben, daß bei industriellen Anlagen das Erbbaurecht wohl kaum in Frage käme, daß aber für den Kleinwohnungs- bau, Arbeiterwohnungen usw. diese Form mit Vorteil Anwendung finden könne. Gerade hier in Karlsruhe wäre der Stadtverwaltung Gelegenheit geboten, in der Nähe des Rheinsektors Gelände für eine Arbeiterwohnung gegen Erbbaurecht abzugeben. Es sollte nichts unversucht bleiben, dies zu erreichen. Betreffs der Erbbauverträge wurde betont, daß diese möglichst langfristig, mindestens auf 70-80 Jahre, abgeschlossen werden müßten. Verständnis und Interesse für das Erbbaurecht müsse durch eifrige Propaganda in breiterer Öffentlichkeit geweckt werden. Im Verlauf der Aussprache wurde auch die Frage aufgeworfen, wie das durch die Verlegung des Bahnhofes freigebliebene, im Besitz von Staat und Stadt befindliche Gelände verwertet werden könne, so daß jede Bodenverfälschung ausgeschlossen sei. Der Vorstand wurde beauftragt, auf eine für die Gesamtheit günstige Lösung dieser Frage hinzuwirken.

Die Verwertung des alten Bahnhofsgrundes, wie aber auch die Abgabe von städtischem Gelände für den Kleinwohnungsbau im Erbbaurecht sind zwei wichtige Gegenwartsfragen. An deren Förderung und an deren Besprechung hat die gesamte Bürger-schaft der Stadt Karlsruhe das größte Interesse.

Eisenbahnerversammlung.

Gestern Abend fand im „Auerhahn“ eine öffentliche, vom Verband süddeutscher Eisenbahner einberufene Versammlung für die Arbeiter der Kesselschmiede der Hauptwerkstätte statt, die sich mit dem „Bad. Beobachter“ gegen den Arbeiterausschuß der Hauptwerkstätte gerichteten Anschuldigungen befahte. Im „Bad. Beobachter“ war vor einigen Tagen ein Artikel erschienen, der die Zustände in der Kesselschmiede kritisierte und gegen den Arbeiterausschuß den Vorwurf erhob, daß er bisher den bestehenden Umständen gegenüber feits verlag habe. Der Vorsitzende der Versammlung betonte in seinen einleitenden Ausführungen, daß die Arbeiter gegen den Inhalt des „Beobachter“-Artikels, soweit er sich mit den Umständen in der Kesselschmiede befaßt, nichts einzuwenden haben, daß aber gegen den Vorwurf protestiert werden muß, daß der Arbeiterausschuß seine Pflicht nicht erfüllt. Die nun im „Beobachter“ erschienene Berichtigung, glaube er, wäre nicht erschienen, wenn nicht durch das Blatt an Hauptwerkstätte die öffentliche Versammlung der Kesselschmiedearbeiter angekündigt worden wäre. Es liege nun an den Arbeitern, die Beschwerden, die sie gegen den Arbeiterausschuß haben, in der Versammlung vorzubringen.

In der Diskussion wurde zunächst festgestellt, daß dem Arbeiterausschuß von Seiten der Werkstättenverwaltung befaßt wurde, daß auf sein Eingreifen die von den Kesselschmiedearbeitern bitter beklagte Überstundenarbeit beseitigt wurde. Weiter wurde festgestellt, daß von den Leuten, die auf den „Beobachter“ eingeschrieben sind, noch keiner zu ihrem Arbeitervertreter gekommen ist. Es komme diesen Leuten eben nicht darauf an, die Verhältnisse zu bessern, sondern nur um gegen Andersdenkende zu kämpfen. — Gauleiter Schwab machte zu der Angelegenheit längere Ausführungen. Der „Beobachter“ sei das allergeringste Organ, sich als Interessenvertreter der Arbeiter aufzuspielen, denn die Hintermänner des „Beobachters“ haben jeweils und zwar in gewalttätiger Weise die Interessen der Eisenbahner mit Füßen getreten. Er erinnere an die Haltung des Zentrums im Falle Schüpfle und an die Haltung des Zentrums im letzten Landtag dem Neustundentag und der Affordarbeit gegenüber. Er hätte gerade an die Kesselschmiede gedacht, als der Zentrumsabgeordnete Knebel im Landtag behauptete, es seien nur die allergrößten Schreier unter den Arbeitern, die sagen: Afford ist Nord. Diese Leute à la Knebel sollten nur einmal kurze Zeit in einer Werkstätte wie der Kesselschmiede tätig sein müssen, es würde ihnen die Luft zur Affordarbeit sehr rasch vergehen. — Unter den folgenden zahlreichen Diskussionsrednern waren auch nicht ein einziger, der gegen den Arbeiterausschuß eine Beschwerde vorzubringen wüßte, im Gegenteil wurde ausdrücklich betont, daß der Arbeiterausschuß im ganzen und der Vertreter der Kesselschmiede im besonderen jederzeit seinen Mann gestellt hat. Tief bedauert müsse werden, daß von Seiten der Arbeiter dem Arbeiterausschuß, der sowieso sehr geringe Rechte hat, Knüttel zwischen die Beine geworfen werden. Von Seiten eines Redners, der Mitglied des badischen Eisenbahnerverbandes ist, wurde nachdrücklich betont, daß der Arbeitervertreter der Kesselschmiede gerade in der letzten Arbeiterausschussung die Interessen der Arbeiter sehr energisch vertreten habe. Von einem andern Mitglied des badischen Eisenbahnerverbandes wurde dem Arbeitervertreter der Kesselschmiede bezeugt, daß er jederzeit seinen Mann gestellt hat.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute in der Restauration „Auerhahn“ tagende Werkstättenarbeiterversammlung, Abteilung Kesselschmiede, von der Hauptwerkstätte nimmt Stellung zu dem im „Badischen Beobachter“ Nr. 818 vom Montag, 17. Nov. 1913, 2. Blatt, erschienenen Artikel: „Die Eisenbahnhauptwerkstätte in Karlsruhe“.“

Die Versammlung lehnt es ab, auf die dem Herrn Gauleiter Meißner gemachten Vorwürfe bezüglich seiner Unfähigkeit usw. einzugehen, weil das Aufgabe des betreffenden Herrn beziehungsweise der Verwaltung sein wird. Was zur Stellungnahme zu dem Artikel Veranlassung gab, ist der denunziatorische Satz: „Es ist dies um so notwendiger, als leider der Arbeiterausschuß in diesen Dingen vollständig versagt.“

Die Versammlung gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß diese Anschuldigung gegenüber dem gesamten Arbeiterausschuß nur deshalb in den Artikel hineingebracht wurde, weil der Ausschuß mit einer einzigen Ausnahme aus Mitgliedern des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes besteht. Die heutige Werkstättenversammlung, die von Mitgliedern beider Verbände stark besucht ist, spricht ihr tiefstes Mißfallen dem Artikel-schreiber gegenüber aus und erklärt, daß der Arbeiterausschuß und zwar das einzelne Mitglied, ebenso wie auch die Gesamtheit jeder Zeit und insbesondere in verschiedenen Angelegenheiten der Kesselschmiede seine volle Pflicht den Arbeitern gegenüber erfüllt hat. Wenn in Nr. 822 des „Bad. Beobachter“ der Vorwurf der Gleichgültigkeit des Arbeiterausschusses zurückgenommen wird, so ändert das an der Tatsache nichts, der Beweis ist vollauf gebracht, daß der Artikel-schreiber wiederholt versucht hat, den Arbeiterausschuß her-unterzuziehen.

* Deutscher Tabakarbeiterverband. Heute Abend 8 Uhr be-gibt der Deutsche Tabakarbeiterverband, Poststraße Karlsruhe, im „Auerhahn“ das Fest seines Jubiläums. Die Ver-

anstaltung wird durch Musik- und Gesangsvorträge verschönert werden. Die Ortsverwaltung läßt die Kollegen und Kolleginnen sowie die organisierte Arbeiter-schaft zum Besuche des Festes freundlichst ein. Eintritt 20 Pf.

* Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter V. a. G. Die Mitglieder werden auch an dieser Stelle auf die morgen Sonntag, vormittag 10 Uhr, im „Auerhahn“ stattfindende außerordentliche Mitglieder-versammlung auf-merksam gemacht. Auf der Tagesordnung steht Wahl eines Geschäftsführers.

* Arbeiterbildungs-Verein. Nächsten Montag, 24. Nov., abends 7 1/2 Uhr, spricht im Vereins-hause, Wilhelmstraße 14, der Vorstand der Lebens- und Wohnungsmittelstation, Herr Prof. G. Rupp, über „Unsere Wohnungs- und Genusmittel, ihre Herstellung und ihre Reinlichkeit“. Mit dem Vortrag sind Experimente verbunden. Der Besuch ist unentgeltlich. Gäste sind willkommen.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

* Kolloseum. Das Gastspiel von Meths Bauerntheater, welches sich eines steigenden Besuches zu erfreuen hat, wird heute Samstag eine Wiederholung von „Jägerblut“ geben. Morgen, Sonntag, 4 und 8 Uhr, finden die beiden einmaligen Aufführungen von „Die Einöbpfarre“ von Anton Oporn, dem Verfasser von „Die Brüder von St. Bernhard“, statt, Montag eine Wiederholung von „Der Amerikajappel“, Dienstag zum vorletz-ten Male „Das Bescherdenbuch“ und am Mittwoch den 26. No-vember zum letzten Male „Jägerblut“. Es sei hierbei noch be-merkt, daß das Gastspiel von Meths Bauerntheater nur noch bis inkl. 30. November dauert.

Im Restbühentheater gelangt heute ab der großartige Film „Germinal“, ein Drama in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von Emile Zola, zur Vorführung. Dieser Film wurde überall aufs glänzendste beurteilt. Er wird zweifellos den Beifall des Publikums finden.

Letzte Nachrichten.

Die Kammerverhandlungen über die bayerische Zivilliste.

München, 21. Nov. Die Kammer der Abgeordneten be-gann heute die Beratung des Etats des Königshauses und Hofes, sowie in Verbindung damit des Antrages der Regie-rung, die Zivilliste des Königs auf 5 400 000 Mk. zu erhöhen. Der Gesamtbetrag der Ausgaben für diesen Etat beträgt mit den Annoncen usw. 6 865 794 Mk. Das ist gegen den vorigen Etat eine Erhöhung von 1 643 259 Mk. — Abg. Dr. Mül-ler-Hof (Wib.) brachte mit Unterstützung von 24 Liberalen, Demokraten und Deutschen Bauernbündlern einen Kompromißantrag ein, statt 5 400 000 Mk. nur 4 800 000 Mk. als Zivilliste für den König einzusetzen. — Finanzminister Breuning erwiderte das Sans um Annahme der Regie-rungsvorlage. — Abg. Dr. Müller-Hof (Wib.) betonte in der Begründung des liberalen Kompromißantrages, daß nur die Rücksicht auf die Staatsfinanzen die Einbringung des An-trages veranlaßt habe. — Abg. Feld (Centr.) sprach sich namens seiner Partei für die Vorlage der Regierung aus. Darauf wurde die Sitzung bis um 4 Uhr nachmittags un-terbrochen.

Ein für die Arbeiter wichtiger Prozeß.

Essen, 21. Nov. Heute sind 253 Vergleute, die gegen den Zehnerverband auf Schadenersatz in Höhe von 58 000 Mk. Klage erhoben hatten, weil sie wegen Kon-traktbruchs angeblich auf eine schwarze Liste gesetzt wor-den seien und deshalb keine Arbeit bekommen hätten, mit ihrer Klage von der 18. Zivilkammer des Landgerichts Essen abgewiesen worden. Der Ausgang des Prozesses ist von weittragender prinzipieller Bedeutung.

Ärzte und Krankenkassen.

Berlin, 21. Nov. Eine Konferenz zur Beilegung des Streites zwischen Ärzten und Krankenkassen hat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern Delbrück im Reichs-tagsgebäude stattgefunden. Ueber die Verhandlungen wird strenges Stillschweigen bewahrt. Die „Frankf. Btg.“ hört, die Regierung habe abgelehnt, in den Konflikt einzugreifen. Dagegen sollen demnächst auf Veranlassung der Regierung die Oberpräsidenten zusammentreten, um über die Sache zu beraten.

Aus der Haft entlassen.

Berlin, 21. Nov. Da der wegen Beleidigung des General-intendanten der Kgl. Schauspiele Grafen von Hülken-Häfelers kürzlich zu einem Jahr verurteilte Redakteur W. Steintal im Gefängnis erkrankte, und ins Lazarett über-geführt werden mußte, hat das Gericht beschlossen, ihn nach erfolgter Stellung einer Kaution von 20 000 Mk. aus der Haft zu entlassen.

Eine sozialdemokratische Niederlage.

Altenau, 21. Nov. Bei den Gemeinderatswahlen wurden acht bürgerliche Kandidaten gewählt; die Sozial-demokraten verlieren acht Sitze. Die Wahlbetei-ligung betrug 99,8 Prozent. Dem Gemeinderat gehören nun von 1914 ab 17 Bürgerliche und 3 Sozialdemokraten an (gegen bisher 9 Bürgerliche und 11 Sozialdemokraten). In Altenau hat der Großdick bis jetzt noch nicht existiert, auch nicht in Halle und in Erfurt, wo dieselben Erscheinun-gen zutage traten. Red. d. „Volksfreund“.

Gegen die preussische Enteignungspolitik.

Wien, 21. Nov. Die Polenpartei des österreichischen Reichsrates hat gestern ihre beiden Delegierten in der Delegation angewiesen, die preussische Enteignungspolitik gegen die Polen neuerdings zur Sprache zu bringen.

Griechische Kabinettkrise.

Athen, 21. Nov. Der seit langem erwartete Rücktritt des Marineministers Stratos ist perfekt geworden. Die Ur-sache der Demission liegt in den großen Unstimmigkeiten mit Venizelos.

Die ungarische Opposition in der Delegation.

Wien, 21. Nov. In der heutigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der ungarischen Delegation nahmen auch die oppositionellen Delegierten teil. Stephan Rafowatzky, der von den Sitzungen des Abgeordnetenhauses bis zum 28. November ausgeschlossen war, wurde, als er vor dem Delegationspalais erschien, von dem Sozial-Demokraten mitgeteilt, daß seine Ausschließungsschrift noch nicht abgelaufen

sei, worauf sich R. wieder entfernte. Vor dem Uebergang zur Tagesordnung protestierte Graf Hadigt gegen die Verwendung der Parlamentswache in der Delegation, worauf Ministerpräsident Tisza die Verwendung der Parlamentswache auch in der Delegation in eingehender Weise rechtfertigte. Graf Andrássy belämpfte den Standpunkt des Grafen Tisza und erklärte, er werde zur Erörterung dieser Frage die Einberufung einer außerordentlichen Plenarsitzung der Delegation verlangen. Graf Apponyi schloß sich den Ausführungen des Grafen Andrássy und Hadigts an, worauf die Debatte über das Ergreifen des Grafen Berchtold begann.

Aus der russischen Duma.

Petersburg, 21. Nov. Die Reichsduma setzte in ihrer heutigen Sitzung die Beratung des Antrages fort, der die Zimmernität der Dumaabgeordneten und der gewählten Reichsräte für bei Ausübung des Mandats gebaltene Nebenberufe. Die Duma erklärte mit 129 gegen 63 Stimmen die Verwirklichung des Antrages für wünschenswert.

Zum französischen Bergarbeiterstreik.

Paris, 21. Nov. Der nationale Ausschuß des Bergarbei-terverbandes in Carmaux veröffentlicht einen Aufruf, in dem erklärt wird, daß weder die Regierung noch das Parlo-ment die gegebenen Versprechungen gehalten hätten, was un-ter den Vergleuten berechtigte Entrüstung hervorgerufen habe. Der Ausschuß müsse jede Verantwortung für die etwaigen Folgen dieser Haltung der öffentlichen Gewalten ab-lehnen.

Paris, 21. Nov. In einer vom Hauptauschüß der fran-zösischen Kohlengrubenbesitzer einberufenen Versammlung er-läuteten die Direktoren der Bergwerke der Departements Nord und Pas de Calais, daß zwischen ihnen und den Verg-leuten gegenwärtig keinerlei Zwist bestehe und daß der Aus-stand lediglich durch den Beschluß des Senats hervorgerufen worden sei. Die Direktoren versicherten, daß sie keinerlei Druck auf die Arbeiter ausüben würden, um sie zu Ueber-stunden zu zwingen. Der Deputierte Basly erklärte in einer in Rantes abgehaltenen Ausschusssitzung des Bergarbeiter-syndikats, er hoffe, daß die Regierung wie in früheren Fäl-len so auch diesmal bei den Bergwerksgehilfen zugunsten der Vergleuten interpellieren werde. Falls die Gesellschaften sich entschließen würden, die Langschläglichen abzuschaffen, würde der Streik sofort beendet sein.

Ein aufgedecktes Komplott.

Lofio, 21. Nov. Wie hiesige Blätter melden, ist ein gro-ßes Komplott zwischen Bewohnern von Formosa und chinesi-schen Piraten entdeckt worden, das den Zweck hatte, die Zuck-terplantagen zu plündern. 300 Personen wurden verhaftet.

Aus dem mexikanischen Kongreß.

Mexiko, 21. Nov. Die beiden Häuser des Kongresses tra-ten gestern nachmittag halb 5 Uhr zusammen. Der Kongreß wurde in Anwesenheit des Generals Guerta eröffnet. Zum Sprecher Tamariß gewählt, dessen Ernennung zum Un-terrichtsminister in der vorigen Session von der liberalen Opposition bekämpft worden war. Seine Wahl wird als eine weitere Kritik des früheren Kongresses erachtet, von dessen Mitgliedern Guerta so viele gefangen gesetzt hat.

Entgegen den Erwartungen hat General Guerta in seiner Botschaft die gegenwärtige Lage nur gestreift. Er grüßte vielmehr den früheren Kongreß an. Guerta erklärte, die innere Lage Mexikos sei so, daß sie einen weniger entschlos-senen Mann entnütigen müßte. Der frühere Kongreß habe Creditiv- und Justizgewalt ausgeübt. Er habe versucht, die Pläne der Regierung zu verhindern, jedoch sie nicht zur Aus-führung kommen konnten. Besonders die Deputiertenkammer habe den Samen des Aufruhrs gesät und dahin gearbeitet, daß das Volk sich verblute und verarme, um es dann fremden Mächten in die Arme zu treiben. Guerta zitierte Napoleon und sagte, daß dieser das Beispiel gegeben habe, wenn man ein Land rette, auch keine Uebertretungen dulden dürfe. Die Regierung habe mit der nötigen Strenge gehandelt.

In seiner Antwort auf die Worte Guertas versicherte der Präsident des Kongresses bei dessen Eröffnung, daß der Kon-greß ihn einmütig bei seinen edlen Bemühungen um die Auf-reechterhaltung der Unabhängigkeit der Nation unterstützen werde. 27 Mitglieder des Kongresses unter ihnen 24 Katho-liken, waren abwesend. Sämtliche Mitglieder des diplomati-schen Korps waren zugegen, nur der Geschäftsträger der Ver-einigten Staaten fehlte.

Wasserstand des Rheins.

22. November.
Schusterinsel 1.86 m, gef. 14 cm, Rehl 2.95 m, gef. 15 cm
Maxau 4.85 m, gef. 19 cm, Mannheim 4.59 m, gef. 38 cm.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Lassalla.) Morgen Sonntag abend von 7 Uhr ab findet die durch Rundschreiben unsern Mitgliedern bekannt gegebene Familienunterhaltung im „Auerhahn“, Schützen-straße, statt. Unter anderem wird Komiker Müller mit. Pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.
- Die Tanzschüler und solche Mitglieder der Angehörige, die den Tanzkurs mitmachen wollen, treffen sich um 6 Uhr im „Auerhahn“ eine Stunde vor Beginn der Unterhaltung.
- Karlsruhe. (Gesangverein Harmonie.) Morgen Sonntag nach-mittag von 5 Uhr an Zusammenkunft bei Mitglied Schneider zum „Nostal“, Ettingerstraße. Erscheinen aller Mit-glieder Ehrensache. 5007
- K. Mühlburg. (Gesangverein Bruderverbund.) Heute abend halb 9 Uhr Zusammenkunft beider Chöre im „Auerhahn“ bezw. Hochzeitsständchen. Nachher Mitwirkung bei den Labakar-beitern im „Auerhahn“. Singstunde für Männerchor im „Heinrichsplatz“. Falls 8 Uhr gemischter Chor im „Hilfenstrug“. 5012
- Welscheneuert. (Sozialdem. Verein.) Heute Samstag abend 7 1/2 Uhr im „Feldschloßchen“: Mitglieder-versammlung, wozu sämtliche Volksgenossen und Freunde unserer Sache eingeladen sind. Da die Tagesordnung eine wichtige ist, so ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. 5005
- Bruchsal. (Harmonie.) Sonntag abend den 23. d. M. Zusam-menkunft bei Mitglied Höde zur „Pfalz“, wozu wir die Pässigkeit freundlich einladen. 5006
- Muggenturm. (Soz. Verein.) Sonntag mittag 12 Uhr im „Bad Hof“ Parteiversammlung. Wir eruchen die Parteil-igen um vollzähliges Erscheinen. Pflicht der Bürger-ausschussmitglieder ist aber, daß keines fehlt. 5013
- Baden-Baden. (Reisegesellschaft „Frisch auf“.) Sonntag den 23. November, abends halb 9 Uhr, Versammlung im „Watz-turmglocke“. Freunde des Wandersportes herzlich will-kommen. 4994

ette 2.
Sie mit
arine
ko Nachn.
er.
gefallen.
urg 11.
eit!
4791
Ware.
e!
er
ge
07

Aus dem Lande.

Durlach.

Gewerkschaftskartell. Am 19. ds. Mts. fand eine Kartell-

Das „Durlacher Wochenblatt“ bespricht in einem Artikel

Die Arbeiten für die neue Trainsperre sind bereits

Die Fleischpreise der freien Fleischherstellung für den Bezirk

Offenburg. L. Der Totschlag von Muckenschopf (Amt Kehl) kann

wurde. Er hat bekanntlich Mitte Juni ds. Js. im Felde bei

a. Unterwisheim, 19. Nov. Wie vor einigen Tagen berichtet

* Weibheim, 21. Nov. Zwei Schwestern, die eine 80 und

* Gaggenau, 21. Nov. Die zu Anfang dieser Woche statt-

* Weibheim, 21. Nov. Gestern nachmittag brach hier in einer

* Zell-Parmerbach, 21. Nov. Der bei dem Zusammenstoß

* Triberg, 21. Nov. Zwischen hier und Hornberg brach an

* Konzert des Arbeitergesangsvereins „Sängerlust“ Tribergs.

luft“ Triberg im Saalbau ein Konzert, das einen ausgezeich-

Landwirtschaftliches.

* Weinbau-Schulen. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung



Eichene Schlafzimmer-Einrichtung

Grosse Posten bessere Herren-Kleiderstoff-, Paletot-, Ulster-, Loden- und Kostüm-Reste

Erfinder! Rat und Hilfe durch Patentbüro Villingen 22 Tel. 159

Schwitz-Tee „Anni“ Liebersche Kräuter, bek. Kräfte-Tee, erstes Krautmittel à 50 Pfg.

FIRMIT das neue Waschwunder!

Eine Ersparnis bedeutet der Einkauf nachstehender Artikel 5000 von Samstag, 22. bis Donnerstag, 27. November. Dieses Extra-Angebot dient dazu, schon jetzt günstige Gelegenheit zur Deckung des bevorstehenden Weihnachts-Bedarfs zu bieten...

Puppen-Klinik Gottfried Krauss Rüppurrerstr., Ecke Schützenstr. Reichhaltige Auswahl in Gelenk-, Leder- und Baby-Puppen...

Fleisch-Verkauf! Von heute abend 5 Uhr ab prima Rindfleisch per Pfund 80 Pfg., prima Kuhfleisch per Pfund 70 Pfg., prima Kalbfleisch per Pfund 90 Pfennig.

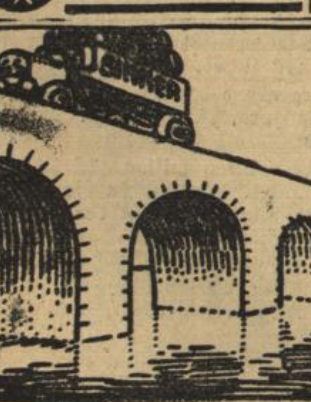
Kein Laden Damen-Paletots, Damen-Kostüme, Röcke, Blusen, Regenschirme

Nach Amerika von 3973 Antwerpen mit 12000 bis 19000 tons grossen Doppelschrauben Dampfern der Red Star Line

Bekanntmachung. Die Inhaber der im Monat April 1913 unter Nr. 7384 bis mit Nr. 9843 ausgestellten bezw. erneuerten Pfandheime

Badener Pferde-Lotterie Ziehung 2. Dezember. Nur 1 Mt. das Los, 11 St. = 10. 4578 Gewinne M. 100 000 im Gesamtwert

Carl Götz Bankhaus Karlsruhe, Hebelstr. 11/15, J. Antweiler, E. Brunner, C. Graf, S. Hiller, R. Maier, W. Senf, S. Vogel, Chr. Wiedler.



Sinner Biere sind vorzügliche Qualitäten.

Vertical text on the right edge of the page, including various small notices and advertisements.

Firmit!!
Das Waschmittel der klugen Hausfrau ist

Tanzstunde Grünwinkel.

Am Dienstag, den 25. November 1913 beginnt im Gasthaus „Zum goldenen Engel“ Grünwinkel ein neuer Tanzkurs bei billigem Honorar. Anmeldungen im genannten Lokal oder bei Adolf Bier, Tanzlehrer, Wühlburg, Weibelstr. 2a (Friseurladen), 4908

Jeder Käufer erhält ab heute bis 30. November (so lange Vorrat reicht), bei Einkauf v. Mk. 2,- folgende

- 3 Gegenstände gratis:
- 1 Odeon-Walzer, für Klavier, Violine, Mandoline, von Joh. Strauß, Pr. 2 M.
- 1 Liederbuch m. 287 neuesten Schlag- u. Liedern. 4908
- 1 Automobil Spielzeug für Kinder.

Odeon-Haus
G. m. b. H.
Karlsruhe, Kaiserstr. 187.
Telephon 884.

Im Auftrag zu verkaufen:
Kanape, neu bez. 23 Mk., best. Kinderbettstelle, neue Matratze 13 Mk., große eiserne Bettstelle mit Matratze und Keil 15 Mk. 4940 Ratterstr. 48, Hof.

Kinderbettstellen
sowie eis. Bettstellen f. Erwachsene fabelh. bill. zu verk. **Wöbelhaus Werner**, Schloßplatz 13, Eingang Karl-Friedrichstr. Tel. 388. 4719

Firmit ist besser und billiger als alle anderen Waschmittel

Ulster Paletots Anzüge

NEUHEITEN für Herbst u. Winter

in 27 verschiedenen Herren-Größen :: fertig am Lager vorrätig ::

Preise für

Ulster	28.-	33.-	38.-	43.-	48.-	53.-	u. höher
Paletots	26.-	29.50	33.-	38.-	42.-	49.50	u. höher
Anzüge	23.50	26.-	29.50	32.-	38.-	45.-	52.- u. höh.

Unsere Spezial-Abteilung für **Knaben- und Jünglingsbekleidung** nach Kaiserstr. 74 verlegt und bedeutend vergrößert.

Spiegel & Wels

Wegen Umzug

bleiben unsere Geschäftsräume

Montag 24. November geschlossen

Hermann

Tietz

5010

Bachstraße 56 b. St., hübsch möbl. Zimmer an einen sol. Arbeiter oder Fräulein z. vermiet.

Musikverein „Harmonie“ Karlsruhe.

Sonntag den 23. November 1913, abends 7 Uhr

Familien-Abend

mit besonderem Programm in der „Walhalla“, Augartenstraße 27/29. 4988

Einführung gestattet. Der Vorstand.

Konsum-Berein für Achern und Umgegend.

Sonntag, den 30. November, nachmittags 1/2 2 Uhr, im Saale zum „Tivoli“

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Protokollberlegung. 2. Geschäftsbericht. 3. Genehmigung der Bilanz und Verteilung des Reingewinnes. 4. Statutenänderung. 5. Neuwahl für die auscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. 6. Wünsche und Anträge.

Hierzu laden wir unsere werten Mitglieder und deren Frauen mit der Bitte um zahlreiches und pünktliches Erscheinen höflichst ein. — Anträge an die Generalversammlung müssen laut Statut schriftlich und mindestens 3 Tage zuvor an den Vorstand eingereicht werden. 5004

Der Aufsichtsrat: Karl Armbruster, Vorsitzender.

Metropol-Kino

Schillerstrasse 22.
Von Samstag, den 22. bis Freitag, den 28. November:

Alleiniges Erst-Aufführungsrecht für Karlsruhe

Launen einer schönen Frau.

Kinematographisches Schauspiel in 5 Akten.
In der Hauptrolle:

Rita Sachetto

die berühmte Tänzerin.

Film-Depeschen. Aktualitätenrevue.
Der Gefangene von Albano. Schauspiel aus der kubanischen Revolution.

Wie man Stahl schneidet und schweißt. Hochinteressant.

Dazu der übrige Spielplan.

Ununterbrochen Sonntags von 2—11 Uhr und Wochentags von 3—11 Uhr Vorstellungen.

Dasselbe Programm im Kino

Licht-Spiele

Herrenstrasse 9/11. 5002

Restaurations „Zum Auerhahn“

58 Schützenstraße 58.

Bringe einem verehrl. Publikum sowie Freunden u. Bekannten meine Lokalitäten im empfehlende Erinnerung. — Vereinen und Gesellschaften steht das schöne Nebenzimmer sowie ein großer Saal zur gefl. Verfügung zur Verfügung.

Vorzügl. Stoff Kammerer Bier, hell u. dunkel. Eigene Schlachtung. Keine Weine. Gute Küche.

Achtungsvoll Franz Rutschmann. 4868

Humorbegabte

junge Männer, welche Lust haben sich an einem gewinnbringenden Fälschungsunternehmen zu beteiligen, wollen ihre Adresse unter H. Schüle, Hauptpostlagerend einleiten. 5009

Laubsägemaschine billig zu verkaufen. Moracstrasse 22, 8. St. Itz.

Abführ-Tee „Frangula-Tee Marke Bohnenwerk“ bestbew. Hausmittel à 50 Pfg. **Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20.**

Die Harmonika Wiener Art. Verkauf. Bülach, Hauptstr. 47 b.

Firmit! Ein Versuch genügt

Kinder-Tage

Extra-Preise

für
Strümpfe
Wäsche
Wollwaren
Russenkittel



Extra-Preise

für
4999
Handschuhe
Taschentücher
Sweater
Südwesten

Paul Burchard Kaiserstrasse 143.

Unsere
Massen-Angebote

in Handschuhen, Trikotagen,
farbiger und weißer Damen-
Wäsche, Schürzen, Baumwoll-
Waren und Schuhwaren
weit unter unseren sonstigen Verkaufspreisen

In unserem Fenster
Kaiserstrasse
sehenswerte
**Spielwaren-
Dekoration**
„Schweinehirt
u. Prinzessin“
nach dem gleichnam.
Märchen von Andersen.

**dauern fort
Knopf**

Brandmalerei, Ziernagel- u. Laubsägearbeit, Kerbschnitt etc., vor-
gezeichnete Gegenstände aller Art, Brennapparate, Werkzeugkästen,
Malkästen, Malbücher, Laubsägeholz. Grossartige Auswahl in farbigen
Wandsprüchen, Illustr. Prachtkatalog mit Anleitungen u. ca. 4000 Ab-
bildungen, franko geg. 90 S. i. M., bei Warenbezug gratis. 4878
E. Kirchenbauer, Karlsruhe, Passage 9/11.

Ausstellung für Städtebau

Siedelungs- u. Wohnwesen.

GEÖFFNET: 22. NOVEMBER 5-8 UHR
23. NOV. BIS 7. DEZ. WERKTAGS 3-8 UHR
SONNTAGS 11-8 UHR
FESTHALLE
EINTRITT 20 PFG.

VERANSTALTET VOM BADISCHEN ARCHITEKTEN- u. INGENIEUR-VEREIN.

Betten · Wäsche · Ausstattungen

liefert billigst in
guter Ausführung

Christ. Oertel · Karlsruhe
Kaisersfr. 101/103, Tel. 217, Rabattmarken.

**Was ist
Rabatt?**

Rabatt in Form unserer
Rabatt-Spar-Marken ist

**kein Geschenk
sondern eine Anerkennung für Barzahlung!**

Nur in dieser Form bietet der

Rabatt dem Käufer Nutzen

weshalb man **Bar-Rabatt stets zurückweisen** wolle.

Die mit unseren Rabatt-Spar-Marken vollbeklebten
Sparbücher sind für den Käufer ein **wirklicher
Vorteil seines Sparsinns**, abgezogene
kleine Rabatt-Beträge nützen denselben **nichts**.



Damenbildung — Frauenstudium.
Montag den 24. November, abends 7/9 Uhr im
Hotel Viktoria, Kriegstr. 22 **Vortrag**

„Die Frau als Hebamme“

Schwester Lily Lewald. 4985
Eintritt frei. Gäste willkommen.

**Dr. Thompson's
Seifenpulver**

führt den Schwan als Schutzmarke
weil es die Wäsche schwanenweiß macht.

Zum Ersatz der Rasenbleiche
nimmt man das
garantiert unschädliche Bleichmittel

„Seifix“ bleicht selbsttätig!

Uhrketten von Haar
mit Beschläge von 6 Wfr. an
als Weihnachtsgeschenk liefert
Josef Schneider, Friseur,
Waldbornstr. 64, Ede-Rapellenstr.

Allerbilligst
PELZE
Wilhelmstr. 34
1 Tr.